

Mai 2014

GEMEINSAM FÜR EIN
GUTES LEBEN



Aktuell

**Mindestlohn
kommt**

SEITE 5

Arbeit

**Müllbeutel für
die Biotonne**

SEITE 11

Leben

**Mitglieder werben
Mitglieder**

SEITE 24

Bezirk

SEITE 28

metallzeitung

Mitgliederzeitung der IG Metall | Jahrgang 66 | D 4713

Europawahl 2014

**Gemeinsam
etwas erreichen**

Aktuell

Angemessen ermitteln. Fünf Euro pro Stunde für Helfer galt in Cottbus nicht als sittenwidrig. Ralf Köhler von der IG Metall fragte, wie diese Grenze zustande kam. Nun reagierte die Bundesagentur und legte bundesweit Richtlinien fest, wie ein angemessener Lohn ermittelt werden muss. **Auf Seite 7 »**

Titelthema

Warum Europa wichtig ist.

Undurchsichtig, bürokratisch, fern vom Leben: Das sind die gängigen Schlagworte, die einem rasch zu Europa einfallen. Und die, das zeigen wir in unserer Titelgeschichte zur Europawahl, falsch sind.



Europa hat seine Grenzen geöffnet – auch für Arbeitnehmer. Gemeinsam können sie mehr erreichen. Die Europawahlen sind wichtig. Am 25. Mai entscheiden Bürgerinnen und Bürger der EU, wer die Macht im europäischen Parlament haben wird.

Auf den Seiten 16 bis 21 »

Geschichte

1984 – Kampf um die 35-Stunden-Woche. Vor 30 Jahren forderte die IG Metall die Verkürzung der Arbeitszeit, gegen den massiven Widerstand der Arbeitgeber. Sieben Wochen Arbeitskampf öffnete den Einstieg in die 35-Stunden-Woche. **Auf den Seiten 22 und 23 »**

Chancen

Im Spiel Tarifpolitik lernen. Wie funktioniert eine Tarifverhandlung? Wann gibt es Streik? Und wie gelangt man zu einer Lösung? Im Planspiel »Streik« schlüpfen Schüler, Studierende und Interessierte in die Rollen von IG Metall oder Arbeitgeber. **Auf Seite 27 »**

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 16. April 2014

Impressum

Herausgeber: Detlef Wetzell, Jörg Hofmann, Jürgen Kerner
Beauftragter der Herausgeber: Jan Engelhardt

Anschrift: Redaktion **metallzeitung**
Wilhelm-Leuschner-Straße 79,
60329 Frankfurt am Main

Redaktionsleiterin: Susanne Rohmund
(verantwortl. i. S. d. P.)
Chefredakteurin: Susanne Rohmund

Chefin vom Dienst: Fabienne Melzer

Redaktion: Jan Chaberny, Dirk Erb, Sylvia Koppelberg, Antonela Pelivan
Gestaltung: Gudrun Wichelhaus-Decher
Bildredaktion: Michael Schinke
Sekretariat: Beate Albrecht, Marion Brunsfeld

► igmetall.de/metallzeitung

Vertrieb: Thomas Köhler
Telefon: 069 66 93-22 24
Fax: 069 66 93-25 38
E-Mail: vertrieb@igmetall.de

Anzeigen: Petra Wedel
Zweiplus Medienagentur,
Pallaswiesenstraße 109,
64293 Darmstadt

Druck und Versand: apm AG, Darmstadt

Leser-Telefon:
0800 446 38 25
Montag bis Freitag:
9 bis 16 Uhr (gebührenfrei)
Fax: 069 66 93-20 02
E-Mail: metallzeitung@igmetall.de

Leser-Briefe:
Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Mitglieder zu Wort kommen zu lassen. Es ist leider nicht möglich, alle Zuschriften abzurufen.

metallzeitung erscheint monatlich. Für Mitglieder der IG Metall ist der Bezug im Beitrag enthalten. Das Papier, auf dem die **metallzeitung** gedruckt wird, besteht zu 70 Prozent aus Altpapier und zu 30 Prozent aus FSC- und PEFC-zertifiziertem Holz, das aus nachhaltiger Waldbewirtschaftung in Süddeutschland und in der Schweiz stammt.



Unser Angebot für sehbehinderte und blinde Mitglieder:
metallzeitung gibt es auch als Word- oder als PDF-Datei. Bestellung an: metallzeitung@igmetall.de.

Foto: Maimento/Fotolia.com

Titelbild: Gudrun Wichelhaus-Decher



Karikatur zum Angucken:
igmetall.de/cartoon/
Karikatur zum Angucken

Das ist kein Fortschritt

metallzeitung 4/2014, Freihandelsabkommen

»Ich begrüße, dass nun auch unsere IG Metall sich mit dem Freihandelsabkommen USA/EU (TTIP) befasst. Dies TTIP ist der nächste Schritt in der Deregulierung. Die Globalisierung hat daraufhin sehr rasch ihr erschreckendes Wesen gezeigt. Das versprochene Wachstum, selbst wenn es das bei uns denn gäbe, ist deshalb kein Fortschritt: Der Gewinn wird noch schneller und intensiver als bisher schon einseitig zu den TTIP-Vertragsparteien laufen. Die Aufteilung der Welt in Arm und Reich wird beschleunigt. Armes Afrika, armes Indien. Die Weltlage würde enorm destabilisiert.«

Christian Trüper, Augsburg

»Ich verstehe unsere Politiker nicht: Bei der Vereidigung schwören sie, Unheil vom deutschen Volk abzuwenden, aber hier trifft das ganz und gar nicht zu.«

H.-J. Kühne, Gummersbach

Unsoziales Wahlgeschenk

metallzeitung 4/2014, Porträt zur Rente mit 63

»Ich habe immer an den Gerechtigkeitssinn der IG Metall geglaubt. Der ging mir aber jetzt total verloren. Ich habe, nachdem ich 49 Jahre gearbeitet und

Rentenbeiträge gezahlt habe, 7,2 Prozent Abschlag. War meine Arbeit weniger wert als die des Jahrgangs 1951 oder 1952? Die abschlagsfreie Rente mit 63 nach 45 Jahren, die die IG Metall unterstützt, ist ein reines Wahlgeschenk der unsozialen SPD – die ich 40 Jahre unterstützt habe. Natürlich sagt die Jugend, wenn man sie fragt, nach 45 Beitragsjahren abschlagsfrei in Rente zu gehen ist toll, übersieht dabei aber, dass es sie gar nicht mehr betrifft. Schade, dass die IG Metall das nicht objektiver sieht.«

Helmut Hildbrand, Königsfeld

»Ich kann mich der Aussage von Frau Hatke nur anschließen. Ich habe mit 14 Jahren angefangen zu arbeiten. Bei Umstrukturierungsmaßnahmen in der Firma wurden mehrere Mitarbeiter über 60 überredet, Aufhebungsverträge zu unterschreiben und in eine Transfergesellschaft zu wechseln. Danach haben wir uns arbeitsuchend gemeldet. Es wurde uns mitgeteilt, die, die noch ein bis zwei Jahre bis zur Rente haben, hätten bis dahin ein Anrecht auf Arbeitslosen geld I. Leider ist das ein Ammenmärchen. Die Arbeitsagentur sagte mir, mich zwangsvermitteln zu wollen, auch zu einem Monatsgehalt weit unter meinem letzten. Andernfalls solle ich die Rente beantragen. Ich werde im Juni 64, habe 49 Jahre ins Sozialsystem

eingezahlt und hatte gehofft, man lässt mich in Ruhe.«

Hans-Jürgen Putlitz, Kassel

Bitte weniger Anglizismen

metallzeitung 4/2014, Kleinwagen Opel Adam

»Dem Artikel über den Kleinwagen Adam ist eigentlich nichts hinzuzufügen – außer dass ich erstaunt bin, wie der Wagen beworben wird. Ich habe eine Werbung für diesen Wagen gehört. Es ist da von ›Ädäm‹ die Rede. Ist

der Wagen tatsächlich in Deutschland entwickelt worden? Dann sollte man ihn doch auch beim deutschen Namen nennen. Wie hört sich denn Folgendes an: ›Oupil Ädäm‹? Ich meine, schlimm. Da haben wieder mal Werbefuzzis gemeint, in Englisch wäre es besser. Das gilt übrigens auch für Volkswagen. Der ›UP‹ wird ja als ›APP‹ beworben. Im Übrigen finde ich es gut, dass in der metallzeitung wenig Anglizismen vorkommen.«

Heinz Marhoff, Dortmund

Europa braucht mehr soziale Gerechtigkeit



EUROPAWAHL

Die Wahl am 25. Mai bietet die Chance, ein gerechteres und sozialeres Europa zu wählen. Wer nicht wählt, überlässt Europakritikern das Feld.

Es ist noch nicht lange her. Genau gesagt, weniger als 30 Jahre, als sich die D-Mark im Höhenflug befand. Innerhalb kürzester Zeit stieg der Außenwert gegenüber den 18 wichtigsten Industrieländern um 5 Prozent. Für uns in der Geschäftsstelle der IG Metall Siegen war das damals wie ein Tsunami. Die Aufwertung hatte für die Beschäftigten im Siegerland katastrophale Folgen. Ihre Produkte, Maschinen, Rohre und Eisenwaren wurden im Ausland teurer. Jede weitere Aufwertung der D-Mark löste eine Welle von Lohnkürzungsforderungen, Konkursen und auch Entlassungen aus.



Foto: Gaby Gerster

Detlef Wetzel, Erster Vorsitzender der IG Metall: »Die Menschen wollen ein starkes, sicheres und soziales Europa.«

Wachstum. Dank des stabilen Euros gehören solche Wechselkursschwankungen der Vergangenheit an. Heute steht Europa für Wachstum und für Frieden. Europa ist Chance und keine Bedrohung.

Mehr Investitionen. Die Menschen wollen ein starkes, sicheres und vor allem ein soziales Europa. Und genau an diesem Punkt muss sich noch einiges ändern.

Die Proteste gerader junger Menschen am Sparkurs der EU

zeigen: Die Krisenpolitik vieler Länder trifft die Schwachen. Das Kaputtsparen muss also aufhören. Stattdessen sind Investitionen und Wachstum nötig. Nur so kann es in Europa mehr soziale Gerechtigkeit geben.

Die Wahl zum Europaparlament am 25. Mai bietet die Chance, eine soziale, gerechte und demokratische Union zu gestalten. Dafür braucht Europa ein starkes, arbeitnehmerorientiertes Parlament als Gegengewicht zu den marktradikalen Kräften. Dafür lohnt es sich, wählen zu gehen. Denn wer nicht wählt, überlässt Neoliberalen, Rechten und Europagegnern das Feld. ■

Ihr habt eine Frage an Detlef Wetzel?

Zu Politik, Gesellschaft oder der Gewerkschaft? Schickt sie uns per E-Mail! Der Erste Vorsitzende der IG Metall beantwortet jeden Monat Eure Fragen auf: igmetall.de/gute-frage.de



? **FRAGE UND ANTWORT**

Den Bericht in der April-Ausgabe »Schwanger in der Elternzeit« habe ich mit Interesse gelesen. Allerdings ist mir nicht ganz klar, ob während der Mutterschutzfrist für das weitere Kind auch ein Anspruch auf Urlaub entsteht.

Angela Aigner, per E-Mail

Antwort der Redaktion:

Wird die Elternzeit wegen erneuter Schwangerschaft beendet, lebt das ruhende Arbeitsverhältnis wieder auf. Nach dem Gesetz zählt der Mutterschutz im Gegensatz zur Elternzeit zu den Beschäftigungszeiten. Darum entsteht für eine Schwangere in der Mutterschutzfrist immer ein Urlaubsanspruch. Dieser darf nicht gekürzt werden. In der Elternzeit darf der Arbeitgeber den Urlaub anteilig für jeden vollen Kalendermonat um ein Zwölftel kürzen. Das gilt nicht, wenn man in der Elternzeit im Betrieb Teilzeit arbeitet. Wird während der Elternzeit ein weiteres Kind geboren, verlängert sich der Übertragungszeitraum des Urlaubs. Der Anspruch aus dem Urlaubsjahr, in dem die erste Elternzeit begonnen hat, wird weiter übertragen, wenn der noch zustehende Urlaub nach dem Ende der ersten Elternzeit wegen einer weiteren Babypause nicht genommen werden konnte. ■



Foto: robhainer/panthermedia.net

Werden berufstätige Frauen in der Elternzeit schwanger, lebt das Arbeitsverhältnis für die Zeit des Mutterschutzes wieder auf.

BILD DES MONATS

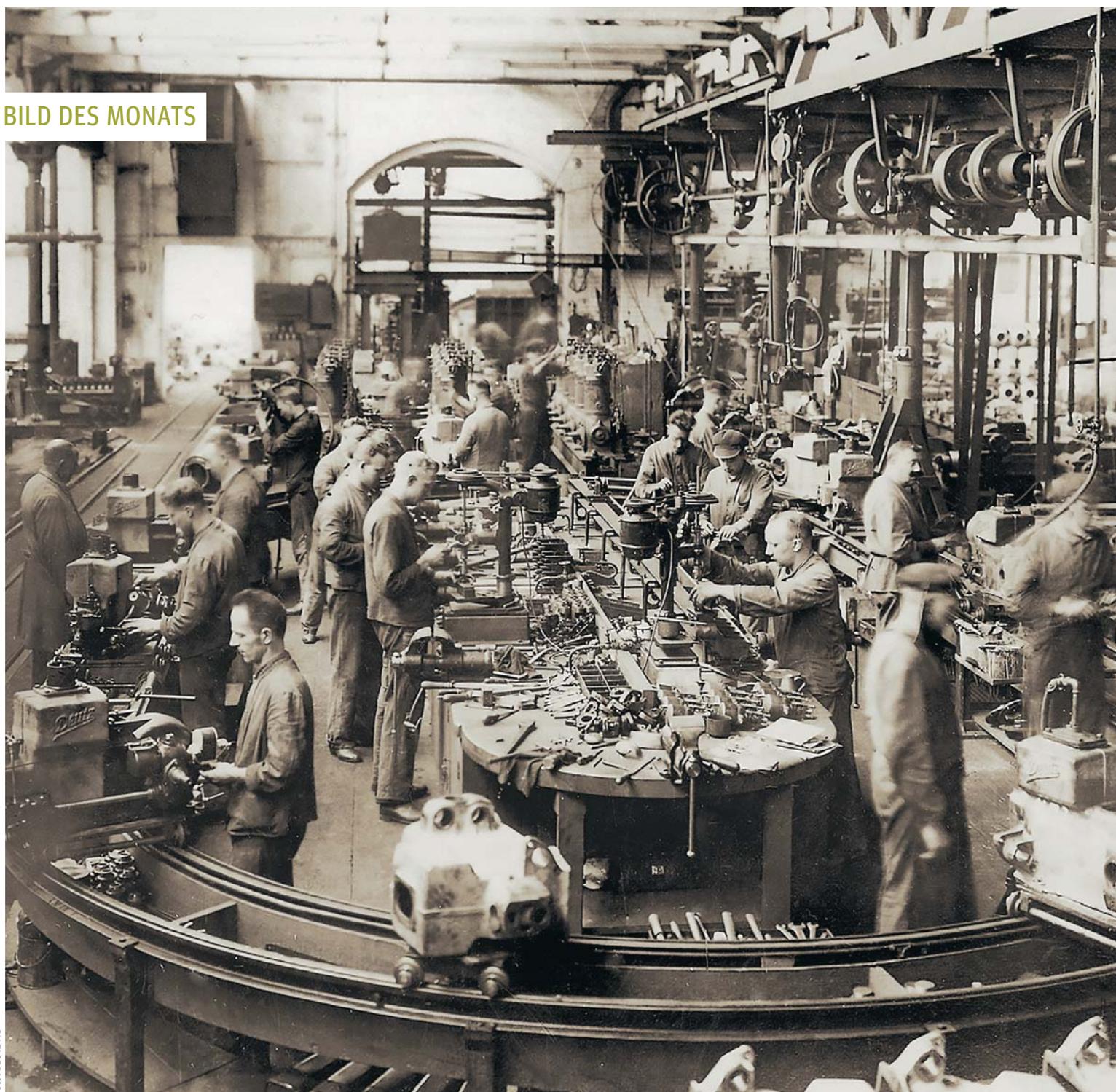


Foto: DEUTZ AG

Der Motor, der aus Köln kam

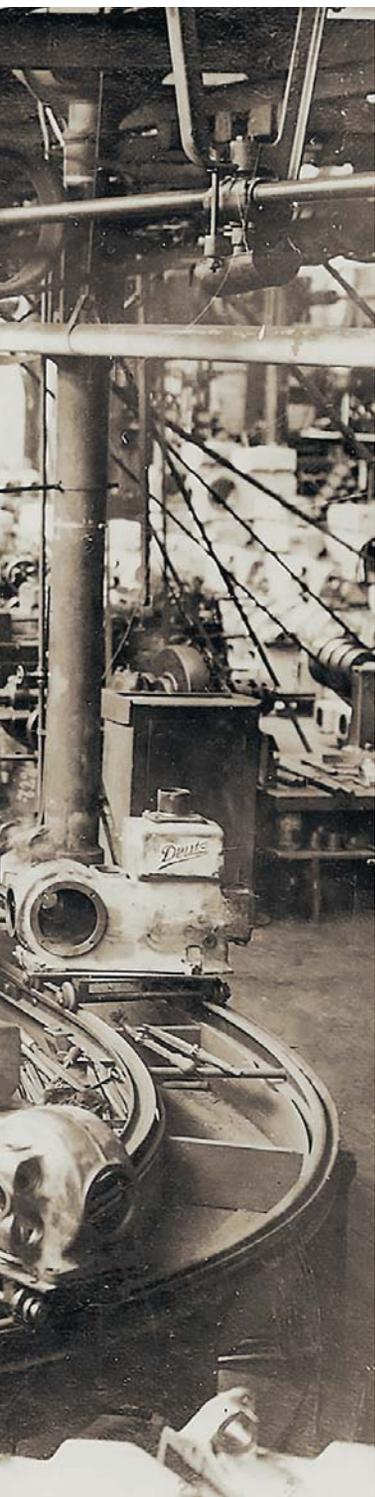
Wer die Namen Daimler, Maybach oder Otto hört, denkt an Autos. Doch die Drei verbindet nicht nur die Geschichte des Autos, sondern auch ein Ort am Rhein. Vor über 140 Jahren kreuzten sich ihre Wege in Deutz, im rechtsrheinischen Köln. Hinter Backsteinmauern tüffelten sie an der Motorisierung der Welt.

In Köln zusammengebracht hatte sie Nicolaus August Otto. Der gelernte Kaufmann gründete vor 150 Jahren in Deutz die erste Motorenfabrik der Welt. 1876 entwickelte er einen Viertakter. Ansaugen, verdichten, verbrennen, ausschleiben – das Prinzip des Otto-Motors, wie diese Technik bis heute in vielen Fahrzeugpapieren heißt.

Fortschritt geht voran. Der erste Otto-Motor war so groß, dass er nur in Fabriken eingesetzt werden konnte. Das Geschäft lief gut. Doch die Pioniere der motorisierten Welt trieben den technischen Fortschritt voran. Otto baute seinen Gasmotor um. Das neue Modell verbrannte flüssigen Kraftstoff und war unabhängig vom Gasnetz. Gottlieb Daimler und Carl Benz bauten daraus einen mobilen Antrieb und brachten ihr Auto auf die Straße.

Die Deutzer Motorenfabrik wuchs. 1875 produzierten 240 Beschäftigte 634 Maschinen. Fast viermal so viel wie sieben Jahre zuvor. In den 1960er-Jahren bauten mehr als 32 000 Menschen in Köln jedes Jahr fast 100 000 Motoren für Nutzfahrzeuge, Traktoren und Eisenbahnen und exportierten sie in 150 Länder der Welt. Seit den Anfängen der Fabrik 1879 bis 2009 liefen in Köln fast acht Millionen Motoren vom Band. ■

Fabienne.Melzer@igmetall.de



Das Bild zeigt die Fließbandmontage von Einzylinder-Viertaktmotoren im Jahre 1925. Mehr zur Geschichte erzählt der 200-Seiten-Band »Innovation Motor. Vier Takte bewegen die Welt.« Greven Verlag Köln, 2014, 24,90 Euro.

Foto: Maurizio Gambarini/apa

Mehr gute Löhne

TARIFPAKET AUS BERLIN

6,6 Millionen Menschen erhalten ab Januar 2015 den Mindestlohn. Er ist Teil eines Regierungspakets, mit dem die Koalition auch tariflich bezahlte Arbeit stärkt.

Der gesetzliche Mindestlohn von 8,50 Euro ist gut für die Betroffenen und ein Erfolg für die Gewerkschaften, die ihn gefordert hatten. Jörg Hofmann, der Zweite Vorsitzende der IG Metall, kritisiert jedoch, dass Jugendliche unter 18 ausgenommen sind. »Wir haben in unseren Tarifabschlüssen Abschläge, die Junge diskriminieren, abgeschafft und jetzt sollen sie durch den Mindestlohn zurückkehren?«

Dringend nachbessern muss die Koalition das Verfahren, nach dem der Mindestlohn künftig jedes Jahr angehoben wird. 2018 soll das zum ersten Mal geschehen. Aus Sicht der IG Metall zu spät. Zudem fordert sie, dass die Kommission, die darüber entscheidet, keine

eigenmächtige Ersatztarifpolitik machen darf. Die Erhöhungen sollen grundsätzlich immer den Tarifierhöhungen in der Gesamtwirtschaft folgen.

Positiv findet die IG Metall, dass die Koalition für mehr Menschen tarifliche und damit bessere Arbeitsbedingungen erreichen will: Mithilfe einer Reform des Entsendegesetzes kann das Arbeitsministerium künftig für alle Branchen tarifliche Mindestlöhne verordnen. Andere Tarifverträge können leichter allgemeinverbindlich erklärt werden – und damit auch für nicht tarifgebundene Arbeitgeber und Arbeitnehmer gelten. ■

Sylvia.Koppelberg@igmetall.de

igmetall.de
→ Tarif

PFLAUME DES MONATS

Journalisten und die Kunst, (nicht) dazuzudenken

Bei jedem Warnstreik ermüden Journalisten uns mit dem gleichen Ritual. Sie beklagen, dass sie ein »Ritual« seien. So auch, als Verdi-Mitglieder in den Kommunen warnstreikten. ZDF-Moderator Claus Kleber moderierte einen Beitrag über dieses »Ritual« mit den Sätzen an: »Was soll das immer wiederkehrende lästige Theater? Können die nicht einfach verhandeln und sich die Streiks notfalls dazudenken?« Ginge, aber dann würden die Arbeitgeber sagen: Wir unterschreiben ein Papier, aber die Lohnerhöhung, die ihr verdient habt, könnt Ihr Euch dazudenken. Wir haben eine bessere Idee: Wie wäre es, wenn Journalisten über Tarifverhandlungen einfach sachliche Beiträge bringen würden und wir uns die passenden Kommentare einfach dazudenken. ■



ZAHLEN UND FAKTEN

73 Die geplanten Rentenreformen finden laut Infratest dimap 73 Prozent der Bürger gut und richtig. Bei den Jungen bis 29 Jahren ist die Zustimmung mit 78 Prozent noch höher als bei über 60-Jährigen (70 Prozent).

48 Weil sie sich wegen der Wirtschaftskrise keine eigene Wohnung leisten können, leben in der Europäischen Union nach Angaben der EU-Agentur Eurofound 48 Prozent der jungen Leute unter 29 Jahren noch bei ihren Eltern.

1,3 Arbeitsverträge, die ohne sachlichen Grund befristet werden, haben dramatisch zugenommen: von 550 000 im Jahr 2001 auf 1,3 Millionen 2013. Das berichtet das Institut IAB.

19,2 So viel Prozent aller Beschäftigten bekommen zurzeit weniger als 8,50 Euro Lohn pro Stunde, können also vom geplanten gesetzlichen Mindestlohn profitieren, so das Institut IAQ.

17 Nur 16 Prozent aller Beschäftigten sind ihren Firmen emotional zugetan, ermittelte das Gallup-Institut. 17 Prozent sind so frustriert, dass sie innerlich gekündigt haben. Lustlosigkeit verursache der Volkswirtschaft jährlich bis 118,4 Milliarden Euro Schaden.

1000 Die Globalisierung hat das Bruttoinlandsprodukt in reichen Ländern wie Deutschland zwischen 1990 und 2011 pro Kopf um mehr als 1000 Euro erhöht, in Ländern wie China bloß um 300, in Indien sogar nur um 40 Euro.



Foto: Jochen Zick/pa

Für junge Berufsstarter ist die eigene Rente weit weg. Aber sie finden es richtig, wenn Menschen nach 45 Arbeitsjahren ohne Abschläge in Rente gehen können.

Junge finden Rentenpläne gut

UMFRAGE | In der Debatte um die Reform der Rente reden viele über die junge Generation, die wenigsten offenbar mit ihr. Die IG Metall hat junge Menschen gefragt, was sie von dem geplanten Rentengesetz halten. Ihre Antwort: sehr viel.

Junge Menschen finden es gut, wenn ältere Menschen nach einem langen Berufsleben früher in Rente gehen können und dafür nicht mit einer geringeren Rente bestraft werden. In einer repräsentativen Umfrage von Infratest im Auftrag der IG Metall begrüßte die große Mehrheit der 18- bis 34-Jährigen die vorzeitige abschlagsfreie Rente für langjährig Versicherte. Mit 89 Prozent liegt die Zustimmung in dieser Altersgruppe sogar über dem Durchschnitt aller Befragten.

Mit den Jungen reden. Das Ergebnis widerspricht all jenen, die sich gegen die Reform stellen und vorgeben, die Interessen der Jungen zu vertreten. Aus Sicht von Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, könnte das daran liegen, dass alle Welt nur über die junge Generati-

MACH MIT

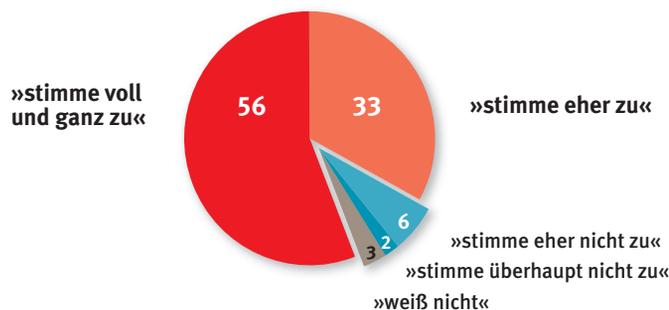
Mit den Jungen reden

Alle reden über die Jungen, die IG Metall redet mit ihnen. Am 8. Mai treffen sich in Berlin junge Metallerrinnen und Metalller, um über die Rentenpläne zu diskutieren. ► gut-in-rente.de/unterstuetzen

■ Schreibt eine E-Mail mit Euren Fragen an: ► rente@igmetall.de.

Junge unterstützen abschlagsfreie Rente

»Nach langer Erwerbstätigkeit muss man ohne Abschläge in Rente gehen können.« Darauf antworten 18- bis 34-Jährige (in Prozent):



Quelle: IG Metall 2014

on spricht. »Wir dagegen reden mit der Jugend.« Aus den Antworten zieht Urban den Schluss: »Junge Menschen haben viel Verständnis für Ältere, die sich nach 45 Jahren am Band oder Schreibtisch mit einer vernünftigen Rente aus dem Arbeitsleben verabschieden wollen. Sorge bereitet ihnen nicht die Reform, sondern der Gedanke an ihre eigene Rente.« (Siehe dazu auch das Interview auf Seite 24.)

Nur jeder vierte Befragte zwischen 18 und 34 geht davon aus, später einmal von der Rente leben zu können. Deshalb fordern vier von fünf, das Rentenniveau stabil zu halten. Fast drei Viertel der Jungen wären bereit, für eine Rente, die ihren Lebensstandard im Alter sichert, höhere Beiträge zu zahlen. »Die öffentliche Debatte läuft schief«, kritisiert Urban. Bei der Bevölkerung trifft die Reform

auf große Zustimmung, bei einem Teil der Politik und der Wirtschaftslobby auf große Ablehnung. Zumal Studien der Reformgegner zu ähnlichen Ergebnissen kommen. Auch eine von Gesamtmetall über die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft in Auftrag gegebene Allensbach-Umfrage zeigt: Die Zustimmung für einen abschlagsfreien Ausstieg in die Rente ist hoch.

Ziel ist der 1. Juli. Anfang April befasste sich der Bundestag zum ersten Mal mit dem Rentenpaket von Arbeitsministerin Andrea Nahles. Der Entwurf sieht vor, dass Beschäftigte nach 45 Versicherungsjahren mit 63 ohne Abschläge in Rente gehen können. Neben den Zeiten mit Pflichtbeiträgen aus einer Beschäftigung sollen unter anderem Zeiten für die Erziehung von Kindern bis zum zehnten Lebensjahr, die Pflege von Angehörigen sowie Leistungen bei Krankheit, Übergangs- und Kurzarbeitergeld angerechnet werden. Die zweite und dritte Lesung steht Ende Mai im Bundestag an. Nimmt das Gesetz alle Hürden wie geplant, soll es zum 1. Juli in Kraft treten. Erst dann können Beschäftigte, die die Voraussetzungen erfüllen, früher abschlagsfrei in Rente gehen.

Die Ministerin will auch Erwerbsgeminderte besser absichern. Eltern, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, sollen einen zusätzlichen Rentenpunkt für die Erziehungsarbeit erhalten. Die IG Metall begrüßt die Pläne. Die sogenannte Mütterrente ist allerdings aus ihrer Sicht eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und muss aus Steuern bezahlt werden.

Von älteren Beschäftigten wird das Rentenpaket sehnsüchtig erwartet. Wer mit 14 seine Ausbildung begann und nach 45 Jahren immer noch jeden Tag zur Schicht geht, ist froh, ohne Abschläge in Rente gehen zu können. ■

Fabienne.Melzer@igmetall.de

RECHT NAH DRAN

Arbeitsagenturen müssen Löhne bei Jobangeboten genauer prüfen

Vor drei Jahren fiel es Ralf Köhler zum ersten Mal auf. Der Erste Bevollmächtigte der IG Metall in Cottbus schaute sich die Arbeitslosenstatistik an und stolperte über die hohe Zahl der Menschen, die arbeiteten und dennoch staatliche Leistungen bekamen. »34 Prozent der Bezieher von Arbeitslosengeld II gingen einer Arbeit nach«, sagt Köhler.

Grob geschätzt. Als Mitglied des Verwaltungsausschusses der Arbeitsagentur fragte Köhler nach, wie die Mitarbeiter dort angemessene Löhne ermitteln. Das Ergebnis überraschte ihn. »Sachbearbeiter fragten bei zwei oder drei Firmen nach, was sie bezahlen«, erzählt Köhler. Wie hoch ein angemessener Lohn ist, blieb so recht willkürlich. Einheitliche Standards gab es nicht. Diese Methode senkte das Verdienstniveau in der ganzen Region. In Cottbus galt ein Stundenlohn von fünf Euro für Helfer bereits als nicht sittenwidrig. Erwerbslose konnten ein solches Angebot nicht ablehnen, ohne mit Sanktionen zu rechnen.

Stefanie Janczyk vom Vorstand der IG Metall in Frank-

furt am Main und Mitglied im Verwaltungsrat der Bundesagentur für Arbeit, griff den Ball auf und stieß im vergangenen Jahr eine Diskussion über sittenwidrige Löhne an (metallzeitung Oktober 2013, Seite 15).

Mit Erfolg: Die Bundesagentur hat jetzt Leitlinien festgelegt, nach denen bundesweit einheitlich ermittelt werden kann, welche Stundenlöhne angemessen sind. Die Agenturen müssen nun mit anerkannten Quellen wie der Verdiensterhebung der Statistikämter arbeiten. Die Leitlinie empfiehlt ausdrücklich, nach den Tarifverträgen bei Gewerkschaften und Arbeitgebern zu fragen.

Für Köhler geht die Arbeit weiter. »Wir müssen darauf achten, dass die neuen Vorgaben von den Agenturen umgesetzt werden.« Dort habe man sich nicht begeistert gezeigt. Köhler dagegen freut sich. Was in Cottbus mit einer unbequemen Frage begann, verbessert die Bedingungen für Erwerbslose in ganz Deutschland. »Sie können nun leichter schlecht bezahlte Jobs ablehnen.« ■

Fabienne.Melzer@igmetall.de

Recht auf Weiterbildung für alle

Die IG Metall Jugend fordert einen individuellen Anspruch auf Freistellung und Finanzierung für Weiterbildung. Dies ist ein Ergebnis des »Revolutionären« Bildungskongresses, auf dem rund 300 junge Aktive die Ziele der IG Metall-Jugendkampagne »Revolution Bildung« konkretisiert haben. Die IG Metall hatte zuvor Tausende Azubis, Studierende und junge Beschäftigte in den Be-

trieben dazu befragt. Das Ergebnis: Weiterbildung hängt vor allem an der Zeit und am Geld.

Ihre Forderungen will die IG Metall Jugend in tariflichen und gesetzlichen Regelungen durchsetzen. Dazu gehören ein neues Weiterbildungsgesetz und eine Neuregelung der Studienförderung. Ab Juni sind dazu zahlreiche Aktionen geplant. ■

🔗 revolutionbildung.de

KURZ & BÜNDIG



Foto: DGB

Tag der Arbeit

Am 1. Mai demonstriert der Deutsche Gewerkschaftsbund unter dem Motto »Gute Arbeit. Soziales Europa.« für die Würde und Rechte der arbeitenden Menschen und ruft gleichzeitig auf, am 25. Mai ein neues Europäisches Parlament zu wählen. Auch IG Metall-Vertreter sprechen an mehreren Orten.

Detlef Wetzel redet auf dem Heumarkt in Köln. Jörg Hofmann ist in Schweinfurt auf dem Georg-Wichtermann-Platz zu Gast und Jürgen Kerner in Landshut. Wolfgang Lemp spricht im Volkspark Hagen. Christiane Benner redet auf dem Münsterplatz in Ulm. Auf dem Platz des 18. März in Berlin ist Irene Schulz zu hören und Hans-Jürgen Urban auf dem Stühlinger Kirchplatz in Freiburg.

🔗 igmetall.de/erster-mai

Opfer entschädigen

Vor einem Jahr, am 24. April 2013, stürzte in Bangladesch eine Textilfabrik ein. 1130 Menschen starben, 1500 wurden teilweise schwer verletzt. Die Kampagne für saubere Kleidung fordert die Auftraggeber der Textilfabrik auf, sich endlich an einem Entschädigungsfonds zu beteiligen. Ein Jahr nach der Katastrophe verweigern einige noch immer die Zahlung, darunter auch deutsche Auftraggeber.

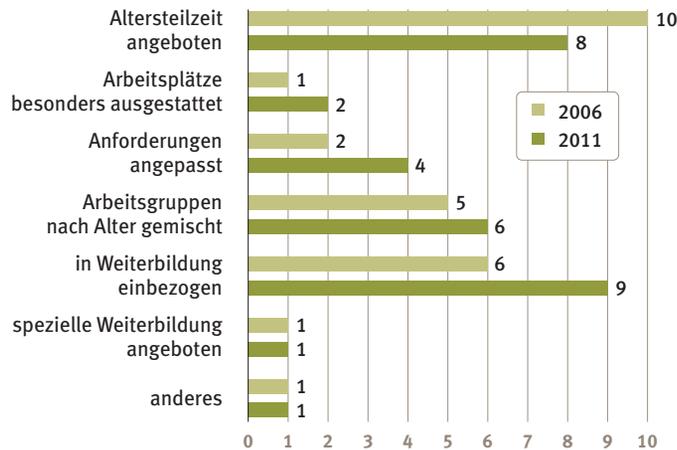
🔗 saubere-kleidung.de

Die Mitglieder

DIE ARBEITSWELT IN ZAHLEN

Betriebe tun ein bisschen mehr für Ältere

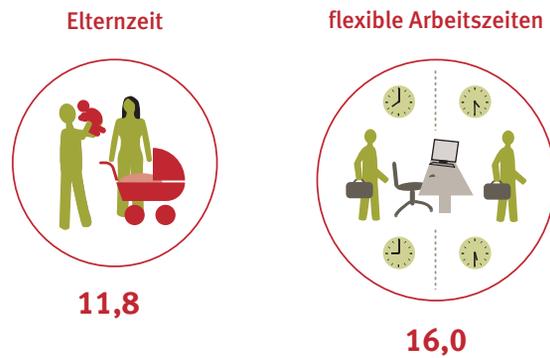
So viele Betriebe haben folgende Aktivitäten für ihre über 50-jährigen Beschäftigten unternommen (Mehrfachnennungen):



Quelle: Betriebspanel des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 2013

Mit Betriebsrat besser arbeiten und leben

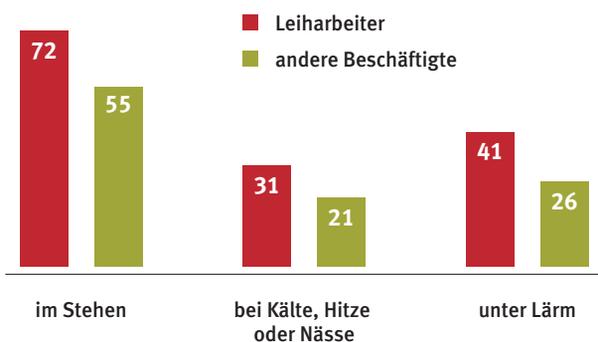
Um so viel Prozent steigt die Wahrscheinlichkeit, Regelungen zu folgenden Themen zu treffen, wenn es einen Betriebsrat gibt:



Quelle: Hans-Böckler-Stiftung 2010

Leiharbeiter haben oft härtere Jobs

So viel Prozent der Beschäftigten in der Gesamtwirtschaft müssen häufig unter solchen Bedingungen arbeiten:



Quelle: Statistisches Bundesamt 2014

INTERVIEW

Der Kassenbericht der IG Metall für 2013 ist fertig. Was hat die IG Metall eingenommen und wofür hat sie es ausgegeben? Das berichtet Hauptkassierer Jürgen Kerner im Interview.

Du bist im Herbst mit einem überragenden Stimmenergebnis zum neuen Hauptkassierer der IG Metall gewählt worden. Hast Du ein schwieriges Amt übernommen?

Jürgen Kerner: Schwierig ist das falsche Etikett. Ich würde sagen, ein verantwortungsvolles Amt. Die Finanzen der IG Metall sind schließlich die Grundlage für ihre Handlungsfähigkeit. Und mein Vorgänger Bertin Eichler und sein Team haben eine glänzende Arbeit gemacht und den Bereich gut aufgestellt.

Viele Mitglieder warten immer gespannt darauf, wie es in der Kasse der IG Metall aussieht. Jetzt ist es Mai. Warum dauert es eigentlich immer so lange?

Kerner: Weil die enorme Menge an Daten, darunter auch viele aus den Verwaltungsstellen, erst im März vollständig vorliegen. Und dann kommen noch die Wirtschaftsprüfung und das Controlling. Darum können wir die Bilanz nicht früher vorlegen.

2013 hat die IG Metall insgesamt 499 Millionen Euro eingenommen, 2012 waren es 481 Millionen. Wie kommt es zu dem Plus?

Kerner: Das liegt vor allem daran, dass wir gute Tarifabschlüsse erzielt haben. Höhere Einkommen bedeuten höhere Mitgliedsbeiträge. Etwa die 3,4 Prozent Entgeltsteigerung ab Juli 2013 in der Metallindustrie. Hier gibt's im Mai weitere 2,2 Prozent. Entsprechend werden die Beiträge angepasst.

Dieses Jahr gibt es außerdem neue Tarifverhandlungen in der

Stahl- und Holz- und Kunststoffindustrie. Wird die IG Metall 2014 auf über 500 Millionen Euro Einnahmen kommen?

Kerner: Das wird so sein.

Und was bietet die IG Metall ihren Mitgliedern dafür?

Kerner: Zum einen das, was die IG Metall schon immer bietet: In den Verwaltungsstellen fachkundigen Rat und Hilfe bei Problemen etwa am Arbeitsplatz, bei der Rente oder bei Arbeitslosigkeit; zudem Rechtsberatung und rund 23 Millionen an Unterstützungsleistungen wie die Freizeitunfallversicherung oder das Sterbegeld. Aber was für die Mitglieder vor allem wichtig ist: Vertrauensleute, Betriebsräte und Jugend- und Schwerbehindertenvertretungen, die kompetent die Interessen der Beschäftigten in den Betrieben vertreten.

Warum ist das besonders wichtig?

Kerner: Weil wir nur dann etwas verändern können, wenn wir eine starke und einflussreiche Organisation sind. Und das sind wir nicht, weil ein paar Leute gute Reden halten, sondern weil wir die Interessen der Menschen in den Betrieben kompetent vertreten, wenn wir die Themen aufgreifen, die sie bewegen, und sie sich selbst mit uns zusammen dafür engagieren. Dann verschaffen wir uns Gehör, auch in der Politik. Die Beschäftigtenbefragung ist ein gutes Beispiel dafür. Wir müssen jetzt gemeinsam mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern darüber reden, welche Themen wir aufgreifen und umsetzen wollen.

vor Ort stärken



Fotos: Michael Schinke

Jürgen Kerner ist seit dem Gewerkschaftstag im November 2013 Hauptkassierer der IG Metall. Der Augsburgener löste Bertin Eichler ab, der nach 17 Jahren im Amt in den Ruhestand ging.

Für die Ausgaben der IG Metall heißt das?

Kerner: Dass wir noch mehr in die Bildung investieren: rund 27 Millionen aus der Hauptkasse. Unsere Bildungsangebote werden gut angenommen. 182 Millionen fließen in die Arbeit vor Ort, also dahin, wo wir den Kontakt zu den Mitgliedern haben und zu denen, die es noch werden sollen. Dahin, wo die IG Metall für die Mitglieder spürbar ist. Dazu kommen 2014 noch 20 Millionen Euro aus dem Investitionsfonds; auch davon profitiert die Arbeit vor Ort.

Aber die 20 Millionen werden nicht per Gießkanne verteilt.

Kerner: Nein, die gibt es gezielt für Zukunftsregionen, in denen wir Wachstum erwarten und damit neue Arbeitsplätze und Beschäftigung. Oder für Regionen, in denen es viele Werkverträge gibt und wir die Interessen der Werkvertragsarbeitnehmer noch nicht vertreten können. Die Leiharbeit hat gezeigt, dass wir in der Lage sind, etwas zu erreichen. Die 47 000 Leihbeschäftigten, die wir als Mitglieder gewonnen haben, belegen, dass unser Einsatz für sie anerkannt wird.

Wie viele Millionen fließen in die Rücklagen?

Kerner: 75 Millionen. Für Frei-

zeitunfallversicherung, Sterbegeld, die Unterstützung für Rentnerinnen und Rentner und die Altersvorsorge der Beschäftigten der IG Metall. Aber der größte Teil geht in die Streikkasse.

Wie hoch sind denn die Rücklagen, die sich inzwischen angesammelt haben? Wird das immer noch nicht verraten?

Kerner: Nein, wird es nicht. Und die Begründung ist auch immer noch die alte: Wenn das bekannt wäre, könnten die Arbeitgeber sich bei einem Tarifkonflikt ausrechnen, wann der IG Metall bei einem Streik die Luft ausgeht.

Vor Jahren haben die Arbeitgeber mal ausgerechnet, dass vier Milliarden in der Streikkasse sein müssten.

Kerner: Sie können gerne herumrechnen. Aber es ist gut, wenn sie es nicht wissen.

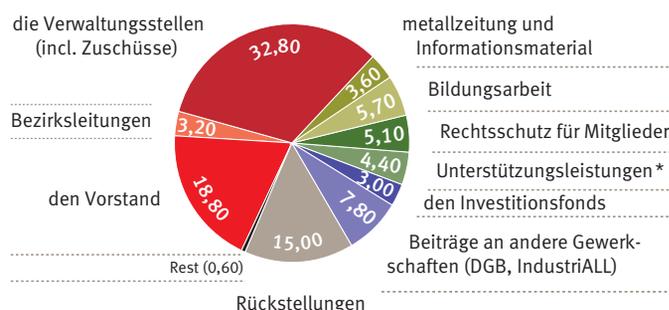
Ich wette, wenn ich frage: Ist das Geld gut angelegt?, sagst Du nicht: Nein.

Kerner: Die Wette hast Du gewonnen. Das Geld ist, wie in der Vergangenheit, solide angelegt, das heißt: konservativ. Wir investieren nicht in spekulative Anlagen. Und wir beachten natürlich moralische Grundsätze. ■

Sylvia.Koppelberg@igmetall.de

Wofür die IG Metall Mitgliederbeiträge verwendet

Von je 100 Euro Beiträgen flossen 2013 so viel Euro in...



* z.B. Unfallversicherung
Quelle: IG Metall, Stand 31. Dezember 2013

KURZ & BÜNDIG

Ab Mai 2,2 Prozent plus

Seit 1. Mai haben die Beschäftigten in der Metall- und Elektroindustrie, die nach Tarif bezahlt werden, 2,2 Prozent mehr Geld in der Lohntüte. Es ist die zweite Stufe aus dem letzten Tarifabschluss. Im Juli 2013 begann die erste Stufe mit 3,4 Prozent plus. Rechnet man die 3,4 Prozent, die die Metaller in den ersten vier Monaten 2014 im Vergleich zu 2013 mehr hatten, mit ein, erhöht sich das Entgelt übers ganze Jahr 2014 insgesamt um 3,2 Prozent. Damit steigt das Einkommen kräftiger als die Verbraucherpreise.

Tarifverträge lohnen sich: Die Bruttolöhne in der gesamten Wirtschaft rutschten 2013 ins Minus, wenn die Inflationsrate berücksichtigt wird. Die Tarifentgelte lagen jedoch insgesamt um 0,9 Prozent darüber, in der Metall- und Elektroindustrie sogar um 1,6 Prozent.



Foto: IG Metall

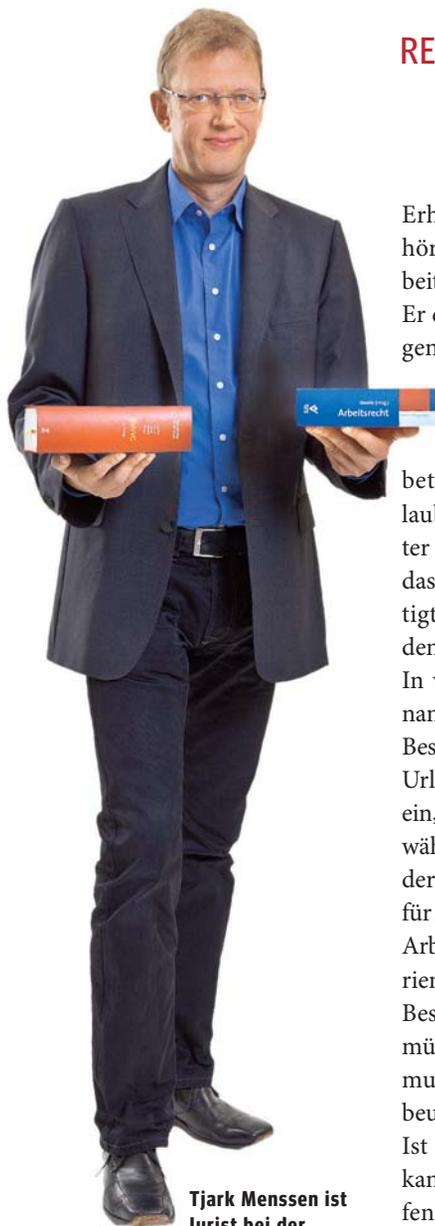
Mai 2013: Metaller in Baden-Württemberg im Warnstreik

4,5 Prozent gefordert

Am 7. April fiel im Tarifgebiet Westfalen-Lippe der Startschuss für die Tarifverhandlungen in der Holz und Kunststoff verarbeitenden Industrie. Motto: »Mehr Einkommen: Wir verdienen es!« Die Tarifkommissionen fordern 4,5 Prozent mehr Geld. Azubis sollen 60 Euro pro Monat mehr erhalten. Die Laufzeit soll zwölf Monate betragen. Aktuelle Infos:

📍 holz-tarifrunde.de

Urlaubsplanung im Betrieb



Tjark Menssen ist Jurist bei der DGB Rechtsschutz GmbH.

Foto: Olaf Herrmann

RECHT SO | Viele Arbeitnehmer planen zurzeit ihren Sommerurlaub. Ob der Arbeitgeber auf die Urlaubswünsche von Beschäftigten Rücksicht nehmen muss oder er genehmigten Urlaub einfach widerrufen kann, erläutert Tjark Menssen.

Erholung muss sein. Darum gehört es zu den Pflichten des Arbeitgebers, Urlaub zu gewähren. Er darf den Urlaub nicht nach eigenem Ermessen festlegen. Den Urlaubswunsch eines Arbeitnehmers kann er nur verweigern, wenn dringende betriebliche Belange oder Urlaubswünsche anderer Mitarbeiter entgegenstehen. Hier liegt oft das Problem, denn viele Beschäftigte wollen im Sommer und in den Schulferien Urlaub nehmen. In vielen Betrieben gibt es sogenannte Urlaubslisten. Reichen die Beschäftigten einen abgestimmten Urlaubsplan beim Vorgesetzten ein, wird er diesen in der Regel gewähren. In einigen Tarifverträgen der IG Metall ist der Urlaubsplan für Arbeitgeber sogar bindend. Der Arbeitgeber kann auch Betriebsferien festlegen, in denen dann alle Beschäftigten Urlaub nehmen müssen. Wer sich ohne Zustimmung seines Vorgesetzten selbst beurlaubt, riskiert die Kündigung. Ist der Urlaub aber genehmigt, kann er vom Chef nicht widerrufen werden. Dafür müsste schon der Zusammenbruch des Betriebs drohen, erst recht, wenn der

Urlaub bereits angetreten ist. Ob Betriebsferien oder Urlaubspläne: Der Betriebsrat hat ein Mitbestimmungsrecht.

Krank im Urlaub. Erkrankt ein Beschäftigter im Urlaub, muss er den Arbeitgeber unverzüglich darüber informieren. Auch muss man die Aufenthaltsadresse im Ausland mitteilen und wie lange man voraussichtlich krank sein wird. Das Attest muss spätestens am vierten Tag in der Personalabteilung vorliegen. Es empfiehlt sich, das Attest vorab per Fax oder E-Mail dem Ar-

beitgeber zukommen zu lassen und dann per Post nachzuschicken. Wer im Urlaub erkrankt, muss dies sofort dem Arbeitgeber melden und ein ärztliches Attest über die Arbeitsunfähigkeit vorlegen.

Ein Attest aus dem Ausland muss der Arbeitgeber nur anerkennen, wenn es unter den Ländern ein Sozialversicherungsabkommen gibt und die dortige staatliche Krankenkasse das Attest schriftlich bestätigt oder es von einem zugelassenen Kassenarzt ausgestellt ist. Sind diese Kriterien nicht erfüllt, muss der Chef keine Entgeltfortzahlung leisten. Das Attest muss zudem erkennen lassen, dass der Arzt neben der Dauer ausdrücklich die Arbeitsunfähigkeit und nicht nur die Krankheit bescheinigt.

Die aufgrund der Erkrankung nicht anzurechnenden Urlaubstage sind dem Arbeitnehmer nachzugewähren. Der verpasste Urlaub schließt sich aber nicht automatisch an das Ende der Krankheit an. Er muss vom Arbeitgeber erneut genehmigt werden. ■



WISSEN

Urlaub von Langzeitkranken

Der Europäische Gerichtshof hat entschieden, dass auch langfristig erkrankte Arbeitnehmer nach Genesung den ihnen zustehenden gesetzlichen Urlaub verlangen und antreten können. Der Urlaub kann aber nicht unbegrenzt gesammelt werden. Regeln Tarifverträge nichts anderes, verfällt der Anspruch 15 Monate nach Ablauf des Urlaubsjahrs.

Flashmob-Aktionen sind bei Tarifauseinandersetzungen erlaubt

Gewerkschaftlich organisierte und streikbegleitende Flashmob-Aktionen als Mittel tariflicher Auseinandersetzungen sind verfassungsrechtlich unbedenklich.

Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat die Beschwerde des Handelsverbands nicht zur Entscheidung angenommen. Dieser wollte ein Urteil des Bundesarbeits-

gerichts anfechten, das bereits 2009 Flashmob-Aktionen als erlaubte Arbeitskampfmaßnahmen bewertete. Geklagt hatte der Arbeitgeberverband, der verlangte, Flashmobs zu verbieten, zu der die Gewerkschaft Verdi in einer Tarifrunde aufgerufen hatte. Die Streikenden befüllten damals in einem Supermarkt Einkaufswagen mit nicht

verderblicher Ware und ließen die prall gefüllten Wagen im Kassenerreich stehen.

Der Handelsverband unterlag mit seiner Forderung in allen drei arbeitsgerichtlichen Instanzen und am 9. April auch vor dem BVerfG. Die Richter begründeten ihre Entscheidung unter anderem damit, dass das Grundgesetz keine Garantie be-

inhalte, sich auf traditionell anerkannte Arbeitskampfmethoden zu beschränken. Zudem seien Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände grundsätzlich frei in der Wahl ihrer Arbeitskämpfungsmittel und können auch zu neuen Methoden greifen, um Druck auf die Gegenseite auszuüben (Az. 1 BvR 3185/09). ■

PRODUKT

Müllbeutel für den Kompost

Die Beschäftigten der Textilfirma Pely Plastic in Norddeutschland stellen biologisch abbaubare Plastikbeutel für den Biomüll im Haushalt her.

Wo Menschen leben, gibt es Hinterlassenschaften. Allein schon dadurch, dass sie essen und nicht alle Nahrungsmittel restlos verzehren. Der Hausmüll eines Durchschnittsbürgers besteht zu 40 Prozent aus Salat, Gemüse, Eier-, Kartoffelschalen, Kaffeepulver und anderen organischen Abfällen. Mehr als zehn Millionen Tonnen »produzieren« alle Bundesbürger zusammen pro Jahr. Anders als im Mittelalter landet der Biomüll heute meist nicht direkt auf dem Kompost oder einfach irgendwo, sondern wird in Beutel gepackt, im ökologischen Idealfall in Biotonnen verstaut und später kompostiert.

In Wahlstedt bei Bad Segeberg gibt es die Firma Pely Plastic. Ihre etwa 90 Beschäftigten stellen – unter anderem – Müllbeutel für organische Abfälle her. Die Bio-Müllbeutel von Pely gelten als besonders ressourcenschonend, weil sie wenig Rohmaterial enthalten als andere Produkte. Sie sind zertifiziert nach der europäischen DIN-Norm für Kunststoffe aus nachwachsenden Rohstoffen, biologisch abbaubar und kompostierbar. Es gibt sie in vier Größen von 10 bis 60 Liter in verschiedenen Drogerieketten und Supermärkten.

Gut mit Tarif. Pely gehört zu den drei Betrieben der Unternehmensgruppe Pelz, einem Textilunternehmen in Wahlstedt bei Bad Segeberg, in dem zusammen rund 550 Menschen Haushaltsfolien, -beutel und verschiedene Hygieneartikel herstellen. Die Betriebe des Familienunternehmens sind alle drei tarifgebunden. ■

Sylvia.Koppelberg@igmetall.de

SWISS TIP

Müll vermeiden

Rund 60 Prozent der Haushaltsabfälle sind nicht biologisch abbaubar. Tipps, wie sie sich vermeiden lassen, gibt der Naturschutzbund Deutschland. nabu.de → Themen → Konsum, Ressourcen & Müll

Auch den Öko-Müllbeutel stellen Textiler in Wahlstedt her.



4-tägige Reise statt ~~325,- €~~
ab € 199,-
pro Person im Doppelzimmer

Halbpension
1 x Eintritt in die KissSalis Therme

Einzelzimmer ohne Zuschlag

Jetzt noch bis zu **161,- € sparen!**

3% Rabatt für IGM-Mitglieder und deren Mitreisende

Das Traditionshotel in Bad Kissingen

Kaiserhof Victoria

In Ihrem historischen Hotel, direkt am berühmten Kurgarten Bad Kissingen, lebt der Glanz vergangener Epochen auf. Das First-Class-Hotel blickt auf eine 175-jährige Geschichte und auf berühmte Gäste, wie Tolstoi und Otto von Bismarck zurück. Lassen auch Sie sich kaiserlich verwöhnen!

Ihr Kaiserhof Victoria****

Lage:

Das First-Class-Hotel ist im Herzen von Bad Kissingen gelegen. Das Zentrum mit historischem Kurpark und diversen Einkaufsmöglichkeiten ist nur ca. 3 Gehminuten, die KissSalis Therme ist ca. 2 km entfernt.

Ausstattung:

Das Haus erwartet Sie mit Rezeption, Lobby-Halle, Bar, À-la-carte-Restaurant, Internetecke, Lift und Terrasse.

Unterbringung:

Die **Doppelzimmer** befinden sich im Gartenflügel des Hotels und bieten Bad oder Dusche/WC, Föhn, Telefon, Radio, TV sowie größtenteils Balkon. Die **Doppelzimmer Komfort** liegen im Haupthaus.

Verpflegung:

Täglich Halbpension mit reichhaltigem Frühstücksbuffet mit warmen und kalten Gerichten. Abends genießen Sie ein Kaiserhof Schmankerl Buffet.

Wellnessbereich:

Der hoteleigene „Kaiserhof SPA“ bietet Finnische und Römische Sauna sowie Dampfbad und Whirlpool. Weiter verfügt das Hotel über einen Fitnessraum und ein Hallenbad. Nutzen Sie auch Ihren Gutschein für die ca. 2 km entfernte KissSalis Therme, welche auf über 7.000 qm Erholung garantiert.

(Hotel- und Freizeiteinrichtungen teilw. gegen Gebühr.)

Inklusivleistungen pro Person

- 3 Übernachtungen im Doppel-/ Einzelzimmer Gartenflügel
- 1 Begrüßungssekt bei Anreise
- 1 Flasche Wasser bei Anreise auf dem Zimmer
- Tägl. Frühstücksbuffet und Kaiserhof Schmankerl Buffet am Abend
- 1 x Kaffee und Kuchen
- 1 x Solebad im Wert von 22,- € pro Vollzahler
- Nutzung des „Kaiserhof SPA“
- 10,- € Wellnessgutschein pro Vollzahler
- 1 x Eintritt KissSalis Therme (2 Std.) im Wert von 13,- € pro Vollzahler
- 2 x wöchentlich Wassergymnastik
- 2 x wöchentlich Qi Gong
- 1 x Eintritt in die Spielbank Bad Kissingen (ab 21 Jahren)
- Leihbademantel und Saunatum
- Kostenloses WLAN



Termine u. Preise p. P. im DZ/EZ in €

Anreisezeiträume: (Anreise: täglich)	4 Tage / 3 Nächte
A 01.10. – 15.12.14	199,- 325,-
B 04.05. – 30.09.14	219,- 380,-

Kennziffer: 55571 | Buchungscode: D97A04B

Kinderermäßigung: Bei Unterbringung im Doppelzimmer mit zwei Vollzahlern erhalten 1 – 2 Kinder bis 5 Jahre 100 %, von 6 – 11 Jahren 50 % und von 12 – 16 Jahren 30 % Ermäßigung. (Bei ermäßigt reisenden Kindern keine Wellnessleistungen inklusive.) **Wunscheleistungen p. P.:** Einzelzimmer ohne Zuschlag, Zuschlag Doppelzimmer Komfort 14,- €/Nacht, Bahnreise ab 109,- €. **Zusatzkosten pro Tag (zahlbar vor Ort):** Kurtaxe von ca. 3,40 € pro Person, Tiefgarage: ca. 9,- €, Haustiere erlaubt (ohne Futter, Voranmeldung erforderlich): ca. 10,- €.



Reisetelefon (täglich von 8.00 – 22.00 Uhr)

0231 – 95 85 555

www.dgb-reisen.de/IGM



Keine Alternative für Europa

STANDPUNKT

Bei den Europawahlen kann sich die Alternative für Deutschland (AfD) Hoffnungen auf einen Einzug ins Europäische Parlament machen. Das ist gefährlich. Wirtschafts- und finanzpolitisch denkt die AfD marktradikal: Der Spitzensteuersatz soll gesenkt, der Staat auf ein Minimum reduziert werden. Leidtragende wären die Arbeitnehmer.

Da das Bundesverfassungsgericht die bislang geltende Drei-Prozent-Hürde im Februar gekippt hat, darf sich auch die Alternative für Deutschland (AfD) bei den kommenden Europawahlen berechnete Hoffnungen auf einen Einzug ins Europäische Parlament machen. Na und, könnte man sich da denken, ist das nicht egal? Ist dieser wilde Haufen um Parteichef Bernd Lucke nicht gerade viel eher dabei, sich selbst zu zerlegen? Stimmt schon: Bislang hat die Partei vor allem durch Intrigen in den eigenen Reihen von sich reden gemacht. Zuletzt schmiss der Landesvorsitzende von Nordrhein-Westfalen entnervt hin. Von Selbstauflösung allerdings ist die Partei weit entfernt.

Auch in einem weiteren, weit wichtigeren Punkt sollte man sich keinerlei Illusionen hingeben: Die AfD, das ist nicht einfach irgendeine kleine, windige rechtspopulistische Partei, die sich jetzt mit dem ehemaligen BDI-Chef Hans-Olaf Henkel ein prominentes Zugpferd als europäischen Spitzenkandidat geholt hat und die man nicht weiter ernst nehmen muss, nein. Wirtschafts- und finanzpolitisch denkt diese Partei marktliberal bis marktradikal, so-

zial- und gesellschaftspolitisch dagegen tickt sie erzkonservativ bis reaktionär. Das aber ist eine gefährliche Mischung – vor allem für die deutschen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Wer heute noch glaubt, die FDP stünde in Sachen Marktradikalität am äußersten Ende des Flügels, täuscht sich gewaltig. In Wahrheit hat sich die AfD einer Ideologie verschrieben, die sich in den USA ausgebreitet hat, und die man wohl am ehesten als marktfundamentalistisch bezeichnen könnte. In Amerika feiern die Vertreter dieser Richtung momentan

ihren Siegeszug innerhalb der Tea-Party-Bewegung, einer erzkonservativen Protestbewegung. Zurückgreifend auf den Theoretiker Lew Rockwell bietet sich zur Einordnung des Phänomens der Begriff »Paläoliberalismus« an.

In seiner letzten Konsequenz stellt der Paläoliberalismus den freien Markt und das private Eigentum über alles, lehnt damit auch den Staat und vor allem den Sozialstaat ab und fordert stattdessen die Unterwerfung aller Lebensbereiche unter die Marktideologie. Soziale Autoritäten wie die Familie und die Kirche sollen

dabei das Individuum vor dem Staat schützen, der für Paläoliberalen das Feindbild ist.

Staat reduzieren. Die AfD passt nahtlos in dieses Schema. Bildung soll nach den Vorstellungen der AfD als »Kernaufgabe der Familie« gefördert werden, Kitas und Schulen sollen dies lediglich »sinnvoll ergänzen«. Wie die Tea-Party-Bewegung will auch die AfD den Staat am liebsten auf einige wenige Kernkompetenzen reduzieren und sieht, das liest sich so eindeutig zwischen den Zeilen, in staatlichen Systemen, wie dem Rentensystem oder der gesetzlichen Krankenversicherung bereits eine Vorstufe zum Sozialismus. Klar: Wer den Staat auf ein Minimum reduzieren will, lehnt natürlich jede Form einer starken Zentralregierung ab. So erklärt sich die Forderung der AfD nach einer drastischen Senkung des Spitzensteuersatzes und einer weiteren Liberalisierung des Arbeitsmarkts. Arbeitnehmer entlasten? Arbeitnehmer schützen? Nicht mit der AfD.

Diese marktliberalen, in vielen Punkten sogar marktradikalen, Positionen durchziehen in kaschierter Form auch das wenige



Foto: Hendrik Schmidt/pa

Im Zentrum der Kritik: Mitte März kamen Hunderte in Erfurt zusammen, um gegen die AfD zu protestieren, die in der Stadt ihren Europaparteitag abhielt.

WISSEN

Rechtspopulistische Parteien in Europa

- Sie heißen Partei für die Freiheit, Goldene Morgenröte oder FPÖ – und sie bekämpfen allesamt Europa. Aktuelle Umfragen belegen, dass Rechtspopulisten bei der Europawahl erstarben könnten.
- Einige rechtsgerichtete Gruppen wollen ihre Kräfte bündeln. Ihr Ziel: eine eigene Fraktion im neuen Parlament. Erforderlich dafür sind 25 Abgeordnete, die aus 7 EU-Mitgliedstaaten stammen müssen. Als Fraktion hat man größere Einflussmöglichkeiten.
- In vielen der 28 EU-Mitgliedstaaten gibt es rechtspopulistische Parteien. Zu den bekanntesten zählt der Front National (FN) von Marine Le Pen in Frankreich, die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ), die Partei für die Freiheit (PVV) von Geert Wilders in den Niederlanden, die United Kingdom Independence Party (UKIP) in Großbritannien sowie die Lega Nord in Italien.



EUROPA Die Wahrheit

über **sieben**
Stammtischparolen
zum Thema Europa

Wochen alte Europawahlprogramm der Partei. So soll nach Wünschen der AfD »die Wettbewerbsfähigkeit im freien Binnenmarkt gestärkt« werden, um »die Mitgliedsstaaten leistungsfähiger zu machen.« Verquaste Rhetorik von Menschen, denen der freie Markt alles, Regeln und Rechte nichts zu bedeuten scheinen.

Bevor Bernd Lucke das Spielfeld der Politik betreten hat, machte er sich in Fachkreisen vor allem durch neoliberale Appelle einen Namen. Daran will er heute freilich nicht mehr erinnert werden – schließlich gehören die Verlierer der neoliberalen Politik doch auch zu den potenziellen Wählern der AfD.

Geändert haben sich Luckes marktradikale Positionen jedoch nicht. Allenfalls die Verpackung hat sich verändert. ■

redaktion@spiegelstecher.com

Jens Berger ist freier Journalist und Herausgeber des Politikblogs »Spiegelstecher«. Am 12. Mai erscheint im Westend Verlag sein neues Buch »Stresstest Deutschland. Wie gut sind wir wirklich?«

1. Brüssel kümmert sich nur um krumme Gurken

Damit mehr Gurken in die Transportkiste passen oder Stecker in allen Steckdosen funktionieren, verlangen Handel und Industrie, aber auch Verbraucher einheitliche europäische Normen. Die gute Nachricht: Die Kommission der Europäischen Union (EU) macht nicht jeden Quatsch mit. Sie hat einige Standards für Obst und Gemüse vor fünf Jahren abgeschafft. Seither gibt es wieder krumme Gurken.

2. In Brüssel haben Lobbyisten das Sagen

Ob Brüssel oder Berlin: Lobbyisten versuchen Einfluss zu nehmen. Zum Glück gelingt das nicht immer. Das Europäische Parlament stärkte das Verbrauchergesetz, schrieb gleiche Löhne für Leiharbeiter in eine Richtlinie und verankerte Arbeitsschutznormen, obwohl Lobbyisten Sturm liefen. Auch die Rückkehr der krummen Gurke konnten die Lobbyisten des Gemüsehandels nicht verhindern.

3. Deutschland zahlt drauf

Zwar betrug der Nettobeitrag Deutschlands in die EU-Kasse im Jahr 2012 fast zwölf Milliarden Euro. Das entspricht 0,44 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) oder pro Kopf einer Summe von 146 Euro. Das ist viel. Studien zeigen aber, dass die EU zu einem dauerhaften BIP-Zuwachs von rund zwei bis drei Prozent geführt hat. Das ist auch viel. Insbesondere Exporte und ausländische Direktinvestitionen haben einen deutlichen Schub erfahren. Und Konsens ist: Da ist noch Luft nach oben.

4. Der Euro macht alles teuro

Die Inflationsrate sorgt auch beim Euro dafür, dass 100 Gramm Käse statt 99 Cent plötzlich 1,15 Euro kosten. Die durchschnittliche Preissteigerungsrate ist aber seit Einführung des Euros mit 1,5 Prozent sehr gering. Zur Zeit der D-Mark betrug sie

übrigens das Doppelte. Preissteigerungen gäbe es auch, wenn wir noch die D-Mark hätten. In vielen Bereichen sorgt die EU für fallende Preise: Beispielsweise ist Telefonieren und Medikamente kaufen billiger geworden.

5. Die Osterweiterung der EU hat einen großen Zustrom von Arbeitnehmern ausgelöst und die Inländer verlieren ihre Jobs

Die Arbeitsmärkte der alten Mitgliedsländer sind weniger attraktiv als vermutet: Es kamen im Verhältnis weniger als ein Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung der Gastländer, um Jobs in der EU zu finden.

6. Die Osterweiterung der EU hat zu Standortverlagerungen geführt und jede Menge Arbeitsplätze gekostet

Unternehmen sind immer auf der Suche nach niedrigen Kosten, großen Märkten, technischer Innovation, also nach Faktoren, die ihnen einen Wettbewerbsvorteil verschaffen. Studien belegen, dass Unternehmen ihre Produktion nicht nach Mittel- und Osteuropa verlegen, sondern nach Asien. Nicht die Europäische Union, sondern der globale Wettbewerb führt zum Standortwechsel.

7. Die anderen Länder machen unsere Arbeitnehmerrechte kaputt

Weil der Wettbewerb um Standorte vor Grenzen nicht haltmachen, können Chefs Löhne oder Arbeitsbedingungen als Druckmittel einsetzen. Europäische Betriebsräte halten dagegen. Sie tauschen sich aus und sprechen mit einer Stimme. Das gegenseitige Ausspielen wird schwerer. Dazu braucht es aber starke Gewerkschaften und Betriebsräte. Wo sie fehlen, muss auch der Gesetzgeber die Beschäftigten schützen. ■

Susanne.Rohmund@igmetall.de

Mehr »Fakten statt Mythen« gibt es unter:

► bit.ly/Fakten-statt-Mythen



Foto: Frank Rumpenhorst für IG Metall

Thomas Gabel (zweiter von rechts) und seine Kolleginnen und Kollegen bei VW OTLG können jetzt Zeit auf einem Konto ansparen.

Angebote für Ältere und Junge

DA GEHT WAS

Flexibel im Kfz-Handwerk: In VW-Vertriebszentren können Beschäftigte jetzt Zeit und Geld für Weiterbildung, Familie und andere private Bedürfnisse ansparen. Der Arbeitgeber gibt pro Jahr bis zu 250 Euro dazu.

Zweierlei ist klar – spätestens seit der großen Beschäftigtenbefragung der IG Metall 2013: Die meisten haben keine Probleme mit flexiblen Arbeitszeiten, wenn die Abläufe im Betrieb sie erfordern. Aber sie wollen dafür Gegenleistungen haben. Ganz vorne auf der Wunschliste steht, Freizeit nehmen zu können, wenn sie privat gebraucht wird.

Arbeit und Privatleben besser vereinbaren zu können war ein großes Thema in der Beschäftigtenbefragung – und ist es darum jetzt auch in den Diskussionen darüber, was die IG Metall in den nächsten Tarifrunden fordern soll.

In vielen Betrieben wird das Problem schon angegangen. Zum Beispiel bei der Volkswagen OTLG. Die Abkürzung steht für Original

Teile Logistik GmbH. Seit 1. April gibt es für die sieben Standorte, die die OTLG bundesweit hat, einen neuen Ergänzungstarifvertrag. Danach können die 2700 Beschäftigten Arbeitszeit und Entgelt auf einem Konto ansparen. Verwenden können sie die Guthaben später für freie Zeit mit den Kindern, um Angehörige zu pflegen, sich weiterzu-

bilden oder einen längeren Urlaub zu nehmen. Ältere können ihn nutzen, um die Arbeitsphase bei Altersteilzeit zu verkürzen oder früher auszuschneiden.

Und das funktioniert so: Die Beschäftigten sammeln Plusstunden aus Gleitzeit-, Flex- und Mehrarbeitskonten auf einem Wertguthabenkonto. Bis zu 150 Stunden

pro Jahr sind möglich. Das Guthaben wird, wie gesetzlich vorgeschrieben, in Geld umgerechnet. Für jeden Euro Guthaben gibt der Arbeitgeber noch einen dazu – insgesamt bis zu 250 Euro im Jahr.

Wer will, kann auch Urlaubs-, Weihnachtsgeld, übertarifliches Entgelt oder Boni aufs Konto fließen lassen. Das Guthaben wird immer so hoch verzinst wie die durchschnittliche Tarifierhöhung der letzten drei Jahre. Zurzeit mit 2,8 Prozent. Gegen Insolvenzrisiken ist es abgesichert. Bei einem Arbeitgeberwechsel kann das Guthaben ausbezahlt werden.

Der Tarifvertrag über Wertguthaben ist Teil eines ganzen Pakets, zu dem ein neuer Altersteilzeitvertrag gehört, Übernahmeregelungen für Ausgebildete und Tarifbezahlung für dual Studierende. Schon länger existieren Kontakt-halteprogramme für Elternteilzeiter und Regelungen zu Telearbeit. Zurzeit versuchen die Betriebsräte, Kinderbetreuungsangebote zu organisieren. Thomas Gabel, der Gesamtbetriebsratsvorsitzende, sagt: »Die Belegschaft wird älter. Uns ist schon lange klar, dass wir etwas für Ältere tun und zugleich für Jüngere attraktiver werden müssen.« ■

Sylvia.Koppelberg@igmetall.de



WISSEN

78%

So viel Prozent aller Beschäftigten sagen: Sie können mit Flexibilität gut umgehen.

93%

So viel Prozent sagen: Sie wollen als Gegenleistung Freizeit nehmen können, wenn sie sie kurzfristig brauchen. Alle Ergebnisse:

► igmetall.de/befragung2013

Quelle: Beschäftigtenbefragung der IG Metall 2013

**Original Schweizer Markenuhr
- fabrikneu
- mit voller Garantie
statt für € ~~239,-~~
für nur**



SPLENDOR
1. Schweizer
Präzisions-
Markenuhren-
Outlet

**Aktion gültig bis
15. Juni 2014**

€ **49,-**

Die Schweizer Uhrenmanufaktur „EDEN“ stellt Ihnen 100 fabrikneue Testuhren zur Verfügung. Der Preis für jede Testuhr beträgt nur € 49,-.

Nach Beendigung dieser Testreihe wird diese Uhr zum UVP von € 239,- angeboten. Sie dürfen die Uhr in jedem Fall behalten.

**Das Angebot ist gültig
bis zum 15. Juni 2014!**

**Original Schweizer
Calendar-Uhr
„Tiziano“ von EDEN**

- Komplettes Kalenderwerk mit Tages-, Monats- und Datumsanzeige ● Mondphase
- Zusätzliche Einsteller
- Zentraler Sekundenzeiger
- Brillantschwarzes Zifferblatt
- Kratzfestes Mineralglas
- Gehäuse und Armband massiv
- Hartvergoldet in echt Gold mit 10 Jahren Garantie
- Original Schweizer Präzisions-Quarzwerk, 5 Jahre Werksgarantie
- Wasserdicht 5ATM



Original
Schweizer Uhr
Geprüfte
Markenqualität



**Art.-Nr:
Herren 1244H
Damen 1244D**

Bestellschein einsenden an: Aktionshaus SPLENDOR-SA, Binzstr. 15, CH-8036 Zürich

Test-Bestellschein gültig bis 15. Juni 2014

Ja, auch ich möchte von Ihrem Angebot Gebrauch machen und bestelle:
**Original Präzisionsuhren direkt vom Hersteller
mit vollem 6-monatigem Rückgaberecht und Zufriedenheitsgarantie**

Anzahl	Art.-Nr. (bitte eintragen)	Preis
plus € 7,60 Porto, inkl. Versicherung		+ € 7,60

Name Vorname

Strasse, Nr.

PLZ/Ort Bitte geben Sie Email-Adresse an, falls vorhanden.
Der Versand erfolgt zollfrei. Zollkosten sind im Preis inbegriffen.

KURZ & BÜNDIG

Spielverderber

Schuffen bei 50 Grad auf den WM-Baustellen, menschenverachtende Arbeitsbedingungen für Wanderarbeiter. Doch trotz der öffentlichen Kritik schaut die Regierung Katars weiter tatenlos zu. Das zeigt ein Bericht des Internationalen Gewerkschaftsbunds (IGB). Generalsekretärin Sharan Burrow bezeichnet die bisherigen Reaktionen Katars als »reine PR-Übung« und fordert von der Fifa harte Maßnahmen gegen das Land. Der Bericht des IGB unter:

dgb.de/-/zkR

Beschwerde gegen Hyundai

Die IG Metall hat bei der OECD Beschwerde gegen das Entwicklungszentrum von Hyundai in Rüsselsheim eingelegt. Der Grund: Die Geschäftsleitung behindert seit Jahren die Arbeit des Betriebsrats. Allen Angeboten der IG Metall, den Konflikt zu lösen, verweigerte sich das Unternehmen bisher. Im Interesse der Beschäftigten will die IG Metall den Konflikt mit Hyundai möglichst schnell lösen. Mehr zu dem Konflikt unter:

igmetall.de
→ Suche: Hyundai

Kochmeisterin

Die IG Metall fordert nicht nur gute Ausbildung, sie macht auch vor, wie es geht: Auf einem regionalen Nachwuchswettbewerb gewinnt die IG Metall-Auszubildende und angehende Köchin Isabella Mayrhofer den ersten Preis. Die Metalllerin ist im dritten Ausbildungsjahr bei der Kritischen Akademie Inzell, einem Bildungszentrum der IG Metall im Chiemgau. Der Leiter der Kritischen Akademie Wilfried Hess freut sich: »Das unterstreicht die Qualität unserer Ausbildung.«



**Aktionshaus
Splendor-SA
Binzstrasse 15
CH-8036 Zürich**

**Info-HOTLINE:
Tel. 0041-444 543 080
Fax: 0041-433 332 304
www.Splendor-sa.de**



EUROPA BRINGT MENSCHEN ZUSAMMEN

Brüssel ist für viele Menschen weit weg und die Idee eines gemeinsamen Europas verbinden sie nur noch mit Krise und Sparpolitik. Bei der letzten Wahl zum Europaparlament gaben nur 43 Prozent ihre Stimme ab. Europa, was geht uns das an? Sehr viel: Es hat die Grenzen geöffnet – auch für Arbeitnehmer. Sie können heute auf vielen Ebenen zusammenarbeiten und gemeinsam viel erreichen. Deshalb kann Europa keinem egal sein. Am 25. Mai entscheiden Europas Bürger, wer in den kommenden fünf Jahren im Europaparlament die Mehrheit hat.

Von Elisabeth Akkari, Jan Chaberny, Martina Helmerich, Sylvia Koppelberg, Fabienne Melzer

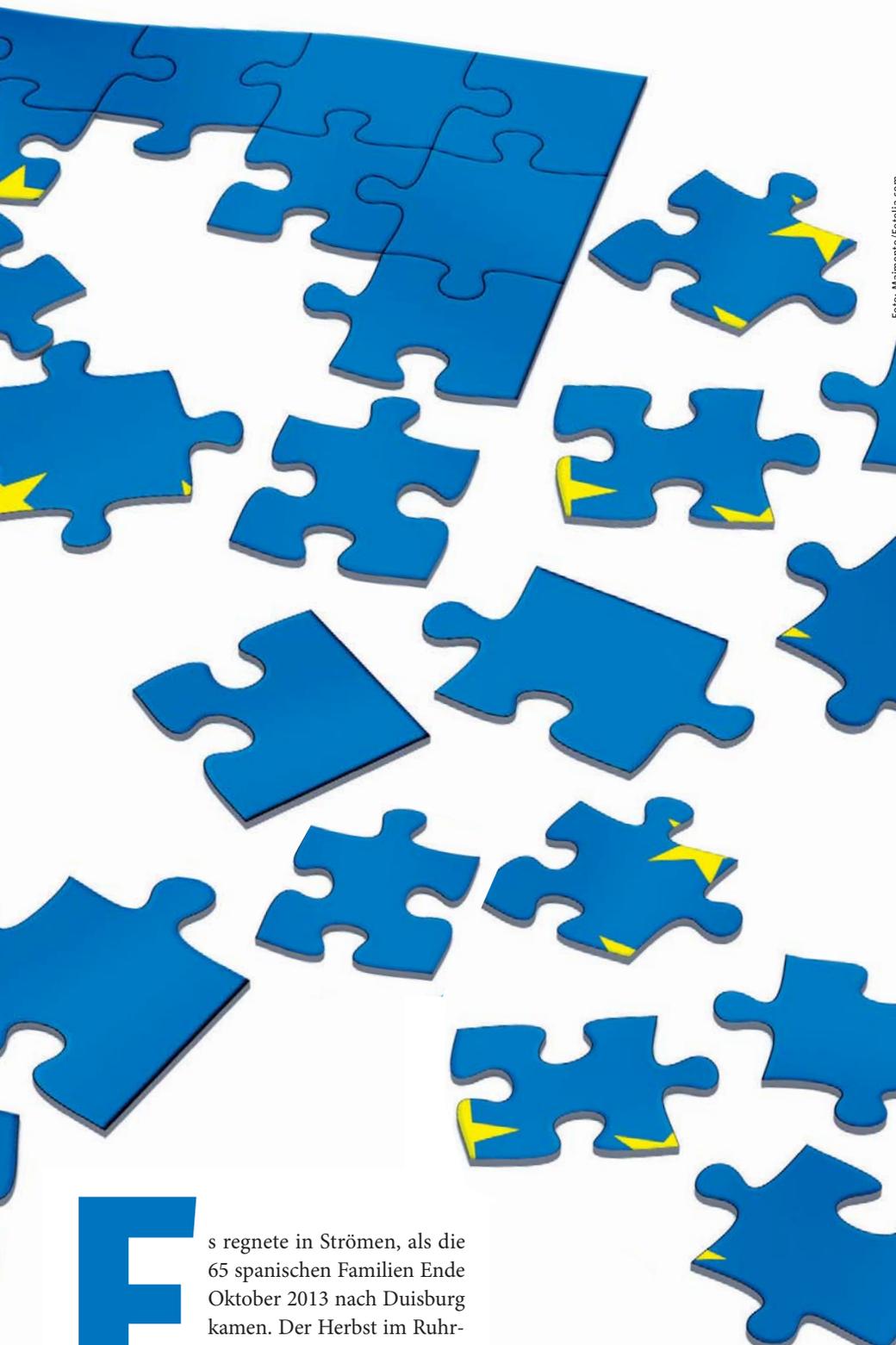


Foto: Maimento/Fotolia.com

Es regnete in Strömen, als die 65 spanischen Familien Ende Oktober 2013 nach Duisburg kamen. Der Herbst im Ruhrgebiet zeigte sich von seiner schmutzigsten Seite. Keine freundliche, aber eine ehrliche Begrüßung. Schließlich kamen die Männer und Frauen nicht zu einer Touristentour. Sie suchten eine Zukunft für sich und ihre Familien. Das Ruhrgebiet bot ihnen einen Arbeitsplatz, eine Ausbildung für die Kinder – eine neue Chance. Der Preis: Sie mussten ihre Heimat in der Nähe des Mittelmeers gegen Duisburg, Dortmund oder Siegen tauschen.

Bis Ende 2013 hatten sie im Stahlwerk von Thyssen-Krupp im spanischen Sagunto gearbeitet. Seit Februar 2013 stand ihr Werk auf der Kippe. Der Europäische Betriebsrat (EBR) drängte das Unternehmen, sich zu äußern. Im Juni lud der Vorstand nach Duisburg ein und verkündete die Schließung. Die spanischen Kollegen reisten noch am gleichen Tag ab. Wolfgang Krause, Vorsitzender des EBR, konnte ihre Gedanken fast greifen. Sie mus-

ten 165 Menschen zu Hause sagen, dass sie ihren Arbeitsplatz verlieren, in einer Zeit, in der in Spanien fast fünf Millionen Menschen vergeblich nach Arbeit suchen.

Krause wollte keine warmen Worte auf einem Blatt Papier schicken, den Menschen in Spanien seiner Solidarität versichern und einfach weitermachen. Gemeinsam mit Dieter Schwuchow, Betriebsrat bei Thyssen-Krupp Steel in Duisburg, fuhr er den Kollegen hinterher. In Sagunto stellten sich die Deutschen den Beschäftigten und ihren Familien. Wieder konnte Krause die Gedanken von den Gesichtern ablesen. »Denen sollen wir glauben? Diesen Deutschen, die gewinnen, wenn unser Werk geschlossen wird?« Schließlich sollte ein Teil der Produktion nach Duisburg gehen.

Von Arbeit in Arbeit. Und die Deutschen? Schwuchow und Krause blieben und begleiteten die spanischen Kollegen bei ihren Protesten. Am Rande einer Demonstration organisierten sie ein Treffen mit dem Management in Madrid. Da entstand die Idee »von Arbeit in Arbeit«. »Wir wollten in den Sozialplan nicht nur die üblichen Abfindungen schreiben, sondern auch die Zusage, dass den Kollegen Arbeitsplätze angeboten werden«, sagt Krause. An Deutschland dachte er zu diesem Zeitpunkt nicht, eher an das Unternehmen Ford, das in der Nähe eine neue Fertigungslinie aufbaut. Dann zerschlug sich eine Möglichkeit nach der anderen und Deutschland kam ins Spiel. Da dachte Krause noch: »Wenn eine Handvoll kommen, ist das schon ein Erfolg.«

55 entschieden sich für Deutschland. Die ersten packten ihre Koffer noch im November, manche verkauften ihre Häuser, nahmen die Kinder von der Schule und verluden ihre Möbel in Container. Der Abschied fiel ihnen schwer. Beim Neustart in Deutschland half ihnen ihr Arbeitgeber. In einem 100-Stunden-Kurs lernten sie erste deutsche Sätze. »Schnellbesohlung«, nennt es Betriebsrat Schwuchow. Betreuer im Betrieb helfen ihnen bei Problemen am Arbeitsplatz. Andere begleiten sie zu Behörden oder bei der Anmeldung ihrer Kinder in der Schule. Für die meisten steht fest: Sie sind hierher gekommen, um zu bleiben. Oft auch, damit ihre Kinder eine Zukunft haben.

Suche nach Zukunft. Die Geschichte der spanischen Stahlarbeiter steht für verschiedene Seiten eines vereinten Europas. Die eine zeigt die Krise und die europäische Sparpolitik, die die Existenz vieler Menschen in Spanien und anderen Ländern bedroht. Viele Menschen sehen keine Zukunft mehr in ihrem Land. Vor allem Junge wandern aus (siehe auch Seite 19).

Die andere Seite ist jene, die Beschäftigte zusammenbringt. Weil sie vielerlei Möglich-





→ keiten haben, sich einzusetzen, einzubringen, etwas zu bewirken. Die Instrumente und Institutionen dafür sind da. Da gibt es zum einen die Möglichkeit, mittels Bürgerinitiativen Veränderungen voranzutreiben, sich etwa für eine Intensivierung von Arbeitnehmerrechten einzusetzen. Dass solch ein Einsatz gelingen kann, zeigt der Kampf für das Grundrecht auf einen Zugang zu Trinkwasser (siehe Seite 20).

2009 wurden die Rechte des Europäischen Parlaments als demokratisch legitimiertes Organ der EU gestärkt. Die gewählten Abgeordneten können mitbestimmen, Gesetze verabschieden oder sie blockieren. Sie können die Kommission auffordern, gesetzgeberisch tätig zu werden. Ihr Einfluss ist gewachsen. Die IG Metall fordert, dass das Parlament künftig auch das Recht bekommt, selber Gesetze zu initiieren.

Eine EU-Richtlinie schaffte die Grundlage dafür, wie Europäische Betriebsräte heute bei Thyssen-Krupp und vielen anderen inter-

nationalen Konzernen arbeiten. Ihre Rechte sind beschränkt, sie müssen informiert und angehört werden, echte Mitbestimmung gibt es nicht. Aus Gewerkschaftssicht ist da noch Luft nach oben. Für EBR-Vorsitzenden Wolfgang Krause lässt sich aber auch daraus schon einiges machen. »Europa steht für uns nicht auf dem Papier. Wir leben das und geben dem EBR ein Gesicht«, sagt Krause. »Wir waren vor Ort und haben uns den Menschen gestellt, was der Vorstand damals nicht getan hat.«

Europa ganz nah. Europa – weit weg also? Am wirklichen Leben nicht dran? Nein, so ist es nicht. »Nein«, sagt auch Kai Müller. Und legt dann los mit einem Monolog über Europa und was Europa den Menschen alles Positives bringt. Am Anfang lächelt man. Am Ende ist man überzeugt.

Kai Müller wohnt in Bexbach im Saarland, Frankreich ist quasi um die Ecke. Wer hier lebt, kann wohl nicht anders, als Grenzgänger werden, ein leidenschaftlicher Europäer. Schließlich ist das Europa der freien Grenzen nur eine Autostunde entfernt. »So etwas prägt«, sagt der 40-Jährige. Und seine Arbeit bei Alstom auch.

Seit 24 Jahren arbeitet Kai Müller bei dem Kraftwerkhersteller. Ursprünglich hat er Zerspanungsmechaniker gelernt, 1998 wurde er in den Betriebsrat gewählt. Seit 2005 ist Müller Betriebsratsvorsitzender des Bexbacher Werks.

Die 250 Beschäftigten bauen Turbinenschaukeln für Kraftwerke, viele Anlagen werden ins europäische Ausland exportiert. Von der ersten Planung bis zur Fertigstellung eines solchen Kraftwerks können leicht fünf, sechs Jahre vergehen – eine Zeit, in der viel passieren kann. Vor allem, wenn es keine einheitli-

che Währung gibt, es jederzeit zu Währungsschwankungen kommen kann. »Früher mussten wir viel Geld in der Hinterhand haben und hohe Rückstellungen bilden, um etwa beim Materialeinkauf auf solche Schwankungen reagieren zu können«, sagt Kai Müller. »Mit der Einführung des Euro haben wir diese Probleme nicht mehr.« Die Abwicklung der Geschäfte sei jetzt »wesentlich sicherer« und »verbindlicher für die Kunden«, die Finanzierung habe sich enorm vereinfacht. Es ist planbarer geworden.

Das gilt ebenso für die strategische Ausrichtung des Unternehmens – und die Möglichkeit des Betriebsrats, möglichst frühzeitig darüber Bescheid zu wissen. »Alstom ist ein globales Unternehmen, das Standorte in vielen Ländern unterhält«, sagt Kai Müller, »wenn Du als Betriebsrat da in Deinen nationalen Grenzen bleibst, kommst Du nicht weit. Dann wirst Du gegen Belegschaften in anderen Ländern ausgespielt. Das geht ganz schnell.«

Seit einem Jahr ist Kai Müller neben seiner Arbeit als Betriebsratschef in Bexbach auch Vorsitzender des Europäischen Betriebsrats (EBR) von Alstom – als solcher koordiniert er die Arbeit mit den ausländischen Kollegen im Euro-Betriebsrat. »Mir ist es sehr bewusst, dass es die Europäische Kommission war, die eine Initiative zur Bildung von europäischen Betriebsratsgremien auf den Weg gebracht hat«, sagt Kai Müller, »dafür bin ich dankbar.« 2010 haben sie im EBR einen gesamteuropäischen Aktionstag bei Alstom auf die Beine gestellt und damit einen schlimmen Arbeitsplatzabbau verhindert.

»Dass das möglich war, verdanken wir vor allem dem Einsatz und der Solidarität der Kollegen. Aber eben auch Europa.« ■

INTERVIEW

Im Mai die Weichen FÜR EIN SOZIALERES EUROPA STELLEN

Wolfgang Lemb rät, die Zeit bis zur Wahl zu nutzen, um für ein arbeitnehmerfreundliches Europa zu werben.

Gehst Du wählen?

Wolfgang Lemb: Ja klar, und das empfehle ich auch allen unseren Mitgliedern und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Die IG Metall ist parteipolitisch neutral. Aber es gibt natürlich Parteien, die sich für ein sozialeres Europa einsetzen. Das tun nicht alle. Deshalb gilt es: Genau hinschauen.



Wolfgang Lemb ist im Vorstand der IG Metall für Internationales und Europa zuständig.

Foto: IG Metall

Welche kommen dann in Frage?

Lemb: Wir geben keine Wahlempfehlung. Das können die Wähler selber einschätzen.

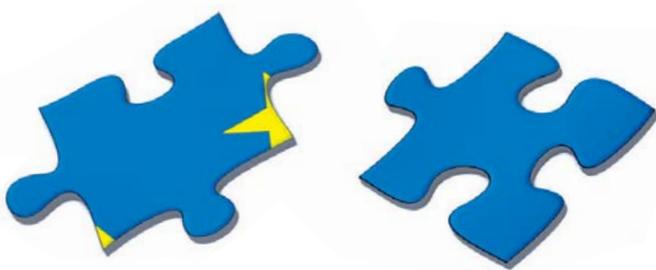
Warum soll man denn wählen?

Bei der Europawahl geht es um entscheidende Weichenstellungen für die Zukunft Europas. Um die Frage: Bleibt es bei der bisherigen Politik, also dem Sparzwang für die Krisenländer, unter dem die Menschen dort leiden? Bleibt die Europäische Union unter dem Klammergriff der Finanzwelt und damit ein Europa des Kapitals? Oder

schaffen wir es, eine Mehrheit für fortschrittliche Kräfte im Parlament zu realisieren, die ein sozialeres Europa erreichen wollen?

Und was ist für Dich ein sozialeres Europa?

Lemb: Ein Europa mit sicheren Arbeitsplätzen, guten Entgelten und Arbeitsbedingungen, ausreichender Rente, kurz gesagt: den Grundlagen für ein »gutes Leben«. Davon sind viele Europäerinnen und Europäer weit entfernt. Das zu ändern setzt voraus, dass die EU-Kommission ihre Eingriffe in Tarifvertrags-



JUGENDARBEITSLOSIGKEIT IN EUROPA

Die Sparpolitik macht alles nur noch schlimmer. Die junge Generation bezahlt mit ihrer Zukunft.

Brüssel, Anfang April: Hundert junge Aktivistinnen stehen wie versteinert am Kunstberg im Herzen der europäischen Hauptstadt. Passanten bleiben stehen und betrachten die regungslosen Jugendlichen. Plötzlich wie auf Kommando schreien sie: »Genug von der Krise. Wir nehmen uns unsere Zukunft zurück.«

Die Spontanaktion in Brüssel – ein sogenannter Flashmob – ist Zeichen des Protests der jungen Generation Europas gegen ihre verzweifelte Lage. Jung, prekär und arbeitslos. So sieht das Schicksal von 5,6 Millionen jungen Menschen in Europa aus. In manchen Ländern liegt die Jugendarbeitslosigkeit bei 60 Prozent. Ein Skandal. Und es gibt kaum Zeichen der Besserung. Die von der europäischen Troika verordneten Sparmaßnahmen haben die öffentlichen Haushalte ausgetrocknet. Es wird kaum noch investiert. Das

Wirtschaftswachstum ist weiterhin schwach.

Besonders die junge Generation zahlt den Preis für eine Krise, die sie selbst nicht verursacht hat. Die Arbeitslosigkeit bei jungen Menschen ist doppelt bis dreimal so hoch wie bei anderen Altersgruppen. »In Spanien sind über 50 Prozent der

jungen Menschen arbeitslos. Die junge Generation wird mit diesem Problem alleingelassen«, klagt Aina Vidal, Jugendbeauftragte der spanischen Gewerkschaft CCOO. »Im siebten Jahr der Krise haben viele die Hoffnung verloren. Die Arbeitsmarktreflexionen der spanischen Regierung vertiefen die Prekarisierung.« Die Gewerkschaften fordern die Regierung auf, mehr Stellen zu schaffen und den sozialen Dialog mit den Gewerkschaften wieder aufzunehmen.

Drohende Verarmung. In den osteuropäischen Ländern ist die Lage nicht viel besser. Ein Großteil der Jugendlichen arbeitet in der sogenannten grauen Wirtschaft. Sie haben kaum Chancen auf einen festen Arbeitsplatz. »Die Jugendlichen haben Angst vor Verarmung. Trotz abgeschlossener Berufsausbildung finden sie keinen entsprechenden Job und arbeiten stattdessen im Ausland«, beschreibt Balázs Kovács von Mercedes-Benz Manufacturing die Situation in Ungarn.

Auch in Polen ist die Jugendarbeitslosigkeit mit 30 Prozent doppelt so hoch wie im EU-Durchschnitt. Wegen der materiellen Unsicherheit sind junge Leute entweder gezwungen, lange bei den Eltern zu wohnen. Oder sie halten es wie zwei Millionen Landsleute, die Polen

in den letzten Jahren verlassen haben, weil sie woanders Arbeit finden. Ein großes soziales Problem sind die Kinder, die ohne Betreuung leben, weil ihre Eltern im Ausland Geld verdienen müssen. Schätzungsweise 100 000 Kinder wachsen in Polen als Sozialwaisen auf.

Die EU hat mit der sogenannten Jugendgarantie bisher unzureichend auf das Problem reagiert. Dabei geht es um das Versprechen, dass junge Menschen unter 25 Jahren ein konkretes Arbeitsangebot bekommen oder innerhalb von vier Monaten eine Schulung erhalten. Das Konzept sieht auf dem Papier zwar gut aus, ist aber mit 6 Milliarden Euro hoffnungslos unterfinanziert. Die Kosten für ein wirksames Programm gegen Jugendarbeitslosigkeit werden auf 21 Milliarden Euro geschätzt.

Investitionsplan. »Die Situation junger Menschen könnte sich aufgrund der Austeritätspolitik weiter verschlechtern«, sagt Adrian Hermes vom Jugendausschuss des Europäischen Gewerkschaftsbunds. »Die Jugendgarantie bringt ohne makroökonomische Flankierung nicht automatisch mehr qualitative Jobs.« Die Gewerkschaften fordern deshalb einen Investitionsplan für Europa. ■



systeme einstellt, mit der sie die Wettbewerbsbedingungen für die Wirtschaft verbessern will, indem sie die Ware Arbeit preiswerter macht. Stattdessen müssen tarifliche Arbeitsbedingungen überall in Europa stabilisiert oder wiederhergestellt werden. Statt die Rechte der Arbeitnehmer und Gewerkschaften zu beschneiden, wie es die einzelnen Staaten durch die Maßnahmen der Troika bisher tun, muss die Mitbestimmung in Wirtschaft und Gesellschaft ausgebaut werden.

In einigen Ländern sind mehr

als 50 Prozent der jungen Leute arbeitslos. Die »Jugendgarantie« hat daran nichts geändert.

Lemb: Nein, sie ist finanziell auch zu dürftig ausgestattet, um Beschäftigung wirksam fördern zu können. Wo keine Arbeit vorhanden ist, helfen allerdings auch keine Garantieerklärungen. Wenn wir so weitermachen wie bisher, haben ganze Generationen keine Zukunft. Statt die Krisenländer kaputtzusparen, müssen wir die Wirtschaft ankurbeln und dadurch neue Arbeitsplätze schaffen. Wir müssen die Industrie durch Investitionen wei-

terentwickeln. Dazu brauchen wir in Europa Wachstums- und Beschäftigungsprogramme und eine Bankenstruktur, die es ermöglicht, Klein- und Mittelbetriebe in den Krisenländern zu finanzieren. Uns in Deutschland muss klar sein: Allein 1,8 Millionen Arbeitsplätze in der Metall- und Elektroindustrie hängen am europäischen Export.

Schon jetzt haben Konservative eine satte Mehrheit. Im Mai könnten rechte und vor allem rechtsextreme Parteien zulegen. Es sieht nicht gut aus für eine so-

zialere und arbeitnehmerfreundliche EU.

Lemb: Gerade darum will die IG Metall ihre Mitglieder motivieren, wählen zu gehen und die verbleibende Zeit für Gespräche mit Kollegen, Freunden, Nachbarn und in der Familie zu nutzen. Wir wollen einen Kurswechsel in Europa für mehr Demokratie und den Ausbau der Rechte der Beschäftigten, mehr Investitionen in reale Arbeitsplätze. Davon profitiert auch Deutschland. Dafür lohnt es sich zu streiten. Deshalb ist die Wahl wichtig. Noch ist nichts entschieden. ■



SO MACHT EUROPA POLITIK FÜR ARBEITNEHMER

Freiheit, Demokratie und Menschenrechte – oder Bürokratie, Wirtschaftslobbyismus und Verschwendung. Was kann die Europäische Union?

➔ Im Juni 2013 erlebte die Bürgerbeteiligung in der Europäischen Union (EU) eine Sternstunde. Fast 1,9 Millionen EU-Bürger hatten die europäische Bürgerinitiative »Right2Water« (»Recht auf Wasser«), unterzeichnet. Mit ihrer Unterschrift forderten sie europäische Rechtsvorschriften, die den Zugang zu sauberem Trinkwasser und zu einer sanitären Grundversorgung für alle Bürger und Bürgerinnen in der EU sicherstellen. Anlass zu der Initiative, die maßgeblich von europäischen Gewerkschaften organisiert wurde, war ein Entwurf der EU-Kommission für ein Richtlinienpaket. Dessen offizielles Ziel: die Vergabe öffentlicher Aufträge transparenter und effizienter zu machen. Da das auch die Wasserversorgung betroffen hätte, wäre damit die Privatisierung und Kommerzialisierung von Wasser möglich geworden.

Die Abgeordneten im Europäischen Parlament schenken dem Vorhaben zunächst wenig Beachtung. Anders die Bürger: Bereits wenige Wochen nach dem Start der Bürgerinitiative waren eine Million Unterschriften für das Menschenrecht auf Zugang zu Wasser und sanitäre Versorgung gesammelt. Nun wurden die EU-Parlamentarier aktiv. Immer mehr Abgeordnete machten sich die Forderung der Initiative zu eigen und traten dafür ein, die kommunale Wasserversorgung von der Richtlinie auszunehmen.

Dem Druck von allen Seiten konnte sich die Kommission nicht widersetzen und EU-Binnenmarktkommissar Michel Barnier musste am Ende einlenken. Er sicherte zu, die Wasserversorgung komplett aus der Richtlinie auszuschließen. Das Votum der Bürger hat auch die Kandidaten für die Präsidentschaft der Europäischen Kommission beeindruckt. Vier der fünf Anwärter auf den Kommissionspräsidenten haben sich verpflichtet, das Menschenrecht auf Wasser durchzusetzen.

Jugendgarantie. Nicht immer verlaufen politische Kursänderungen so spektakulär und unter Beteiligung so vieler Bürger in der EU ab. Auch die Abgeordneten des Europaparlaments haben Korrekturen an Vorhaben der EU-Kommission angestoßen und durch eigene Initiativen wichtige Regelungen auf den Weg gebracht.

Zum Beispiel die Jugendgarantie. Sie wurde im Januar 2013 mit überwältigender Mehrheit im Europaparlament verabschiedet und sieht vor, dass Jugendliche spätestens vier Monate nach dem Ende ihrer Ausbildung oder nach dem Verlust ihres Arbeitsplatzes ein Angebot für eine neue Stelle, einen Ausbildungs- oder Praktikumsplatz erhalten. Allerdings ist sie bislang finanziell noch nicht ausreichend ausgestattet, um Beschäftigung wirksam fördern zu können (siehe dazu das Interview auf Seite 19).

Die Initiative dafür ging von Europaparlamentariern aus. Vor allem Grüne und Sozialdemokraten warben für ein Programm zur Förderung der Beschäftigung junger Menschen. Sie konnten dabei auf erfolgreiche Vorbilder in Österreich, den Niederlanden und in Norwegen verweisen. Sozialkommissar László Andor griff auf die Erfahrungen in diesen Ländern zurück und schnürte ein Paket zur Beschäftigungsförderung, das die Jugendgarantie umfasst.

Recht auf gleichen Lohn. Noch nicht entschieden ist die Frage, wie die Forderung der Gewerkschaften nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort innerhalb der EU für entsendete Arbeitnehmer durchgesetzt werden kann. Dass die geltende Entsende-Richtlinie ein ungeeignetes Instrument ist, beweisen die vielen Fälle von Entsendebetrug und Lohndumping. Bisher konnten Europaparlamentarier nur kleine Verbesserungen erreichen. Sie wollen weiter dafür kämpfen, dass für entsandte Beschäftigte die Rechte des Landes gelten, in dem sie arbeiten.

Wie in nationalen Parlamenten ist auch im Europäischen Parlament entscheidend, welche Parteien gewählt werden und welche Fraktionen die Mehrheit haben. Seit 2009 hat das Europäische Parlament mehr Macht und ist Mitgesetzgeber. Fragen der inneren Sicherheit und der Agrarsubventionen werden ebenso in Abstimmungen entschieden wie die Ernennung der Kommission und der Haushalt der Union. ■



GESETZGEBUNG IN DER EU

Beteiligung der Gewerkschaften



Europäische Sozialpartner

Anhörung durch Kommission bei Gesetzen im Sozialbereich

Sozialer Dialog

- branchenübergreifend durch den Europäischen Gewerkschaftsbund
- In einzelnen Branchen, zum Beispiel: Schiffbau, Stahl, Metall+Elektro

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

Hearings

- Einladung zu Anhörungen in Ausschüssen des Parlaments

Inoffizielle, nicht geregelte Beteiligung, zum Beispiel »Runde Tische« (mit Abgeordneten)

Makroökonomischer Dialog

Zwei Mal jährlich durch den Europäischen Rat.

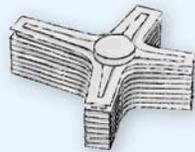


Mit Arbeitgebern

Mit Arbeitgebern



Gesetzgebende Institutionen der Europäischen Union



beraten/reichen Entwürfe ein



berät

berät

Änderungsvorschläge

Änderungsvorschläge

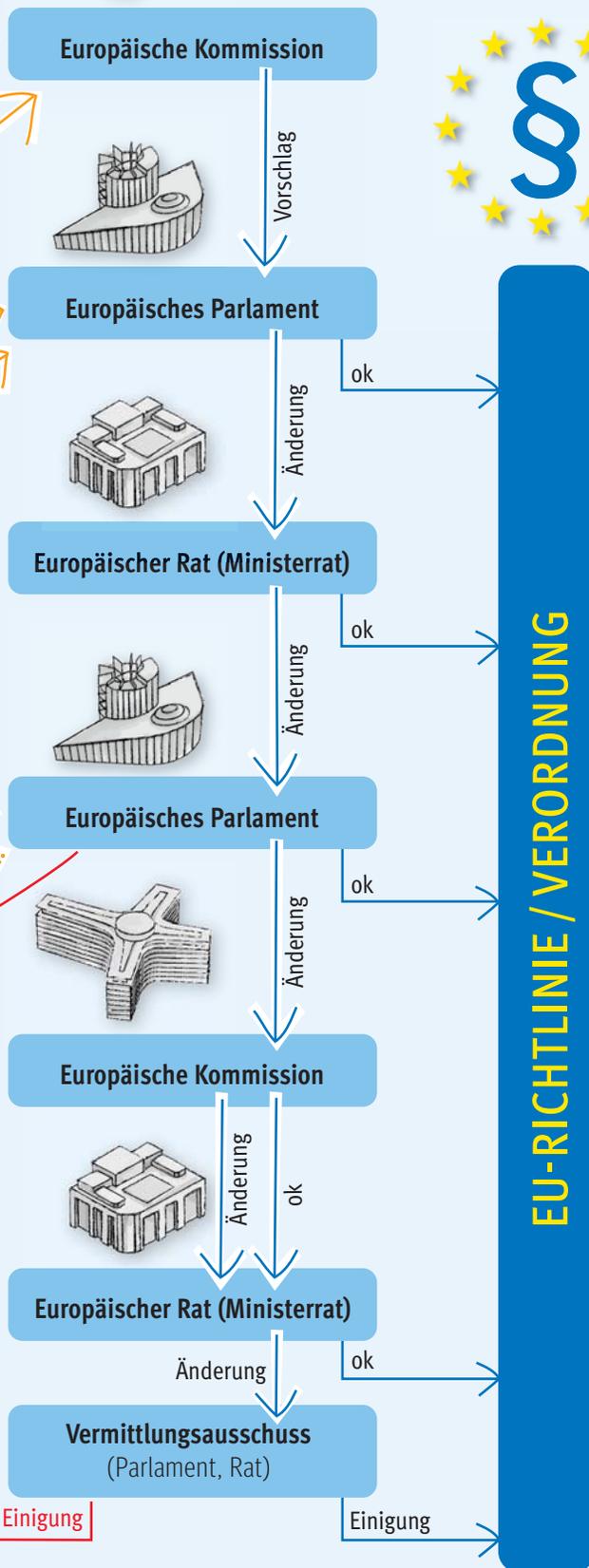


Ablehnung



KEINE RICHTLINIE/ VERORDNUNG

Keine Einigung



EU-RICHTLINIE / VERORDNUNG

Gemeinsam bewegen wir mehr!
Damit unser Europa eine Zukunft bekommt:
Wählen gehen!
Europawahl am 25. Mai

WAHL 1

Wie wird gewählt?
Wie bei anderen Wahlen entscheiden sich die Wählerinnen und Wähler für eine Partei ihres Landes. Es gibt keine Wahlkreise und keine Direktkandidaten. Die Abgeordneten werden über Listen gewählt.

- Was in Europa politisch läuft und was sich ändern muss unter:
 - igmetall-fuer-europa.de
- Wie verhalten sich einzelne Abgeordnete? Antworten auf:
 - votewatch.eu

WAHL 2

Wählen, wo man lebt
Bei der Europawahl können auch Menschen aus anderen Mitgliedsländern, die in Deutschland leben, ihre Stimme abgeben und Vertreter der deutschen Parteien ins Europaparlament schicken. Dazu müssen sie seit mindestens drei Monaten in Deutschland leben und im Wählerverzeichnis ihrer Gemeinde eingetragen sein. Einen Antrag müssen sie bis zum 4. Mai bei ihrer Gemeinde stellen.

WAHL 3

Wahlrecht für alle
Die IG Metall kritisiert, dass Menschen aus Ländern, die nicht der Europäischen Union angehören und hier leben, nicht wählen dürfen. In Deutschland betrifft es am häufigsten türkische Staatsangehörige. So sind etwa 122 000 Mitglieder der IG Metall von der Wahl ausgeschlossen.

Schaubild: Gudrun Wichelhaus-Decher

Als die SONNE aufging

Vor 30 Jahren kämpfte die IG Metall für die 35-Stunden-Woche. Nach sieben Wochen Streik und Aussperrung ist das Dogma der Arbeitgeber »keine Minute unter 40 Stunden« gebrochen – und der Einstieg in die 35-Stunden-Woche geschafft. **Von Dirk Erb**

1984. Die IG Metall fordert die Verkürzung der Wochenarbeitszeit von 40 auf 35 Stunden – bei vollem Lohnausgleich. Das soll die Arbeit gerechter verteilen. Das Ziel: Arbeit sichern und neue Stellen für die 2,5 Millionen Erwerbslosen schaffen. Und schließlich, Arbeit menschlicher machen: »mehr Zeit zum Leben, Lieben, Lachen« – dafür steht die 35-Stunden-Sonne.

Die Arbeitgeber sind strikt dagegen. »Keine Minute unter 40 Stunden«, ist ihre Ansage. Die schwarz-gelbe Bundesregierung und die Medien sind auf ihrer Seite. Die größte soziale Machtprobe der Nachkriegszeit bahnt sich an.

Im Streik. Der Streik beginnt am 14. Mai 1984 im Tarifgebiet Nordwürttemberg/Nordbaden, in Hessen eine Woche später. 57 500 Beschäftigte in 23 Betrieben legen die Arbeit nieder und versammeln sich vor den Werkstoren. Streiktage werden zu Streikfesten, bei denen Bands und Tanzgruppen aller Nationalitäten auftreten.

»Wir haben bei uns viel gesungen (Bild rechts). Regelmäßig kamen Leute aus anderen Betrieben und Organisationen vorbei«, erzählt Doris Werder, die damals sechseinhalb Wochen bei Honeywell im hessischen Maintal streikt. »Wir haben im Vorfeld im Betrieb lange diskutiert und wussten: Wenn wir selbstbewusst herangehen, können wir es schaffen.«

Und sie halten durch. Obwohl sie es in der Öffentlichkeit oft schwer haben: Doris Werder verteilt an Infoständen in Hanau Flugblätter. »Es gab einzelne Stimmen, die uns ›Ihr Faulen-



Foto: Inge Werth

Der Arbeitskampf um die 35-Stunden-Woche dauert sieben Wochen. Der Kompromiss nach Schlichtung: 38,5 Stunden.

zer, geht was schaffen« oder Ähnliches an den Kopf geworfen haben. Da musstest Du Nerven wie Stahlseile haben. Aber wenn wir mit den Leuten ins Gespräch gekommen sind, haben sie unsere Argumente auch verstanden.«

Ausgesperrt. Die Arbeitgeber kontern eiskalt: mit Aussperrung (siehe Kasten rechte Seite). Sie setzen Beschäftigte ohne Lohn vor die Tür. Zuerst 155 000 in den umkämpften Tarifgebieten Nordwürttemberg/Nordbaden und Hessen, wo die IG Metall Streikgeld zahlt. Doch dann auch außerhalb der Kampfgebiete, obwohl die »kalte Aussperrung« juristisch umstritten ist. Streikbedingte Produktionsausfälle, heißt es offiziell. Bald stehen eine halbe Million Ausgesperrte vor den Toren – zehnmal so viele wie Streikende.

Und die Aussperrer haben Helfer: Normalerweise zahlt das Arbeitsamt bei Produktions-



Foto: Inge Werth

Streikende bei Honeywell in Maintal/Hessen singen mit der DGB-Songgruppe.



Foto: Ausflugs aus Metallzeitung Nr. 47 von 1984, Lokaleitung Gießen



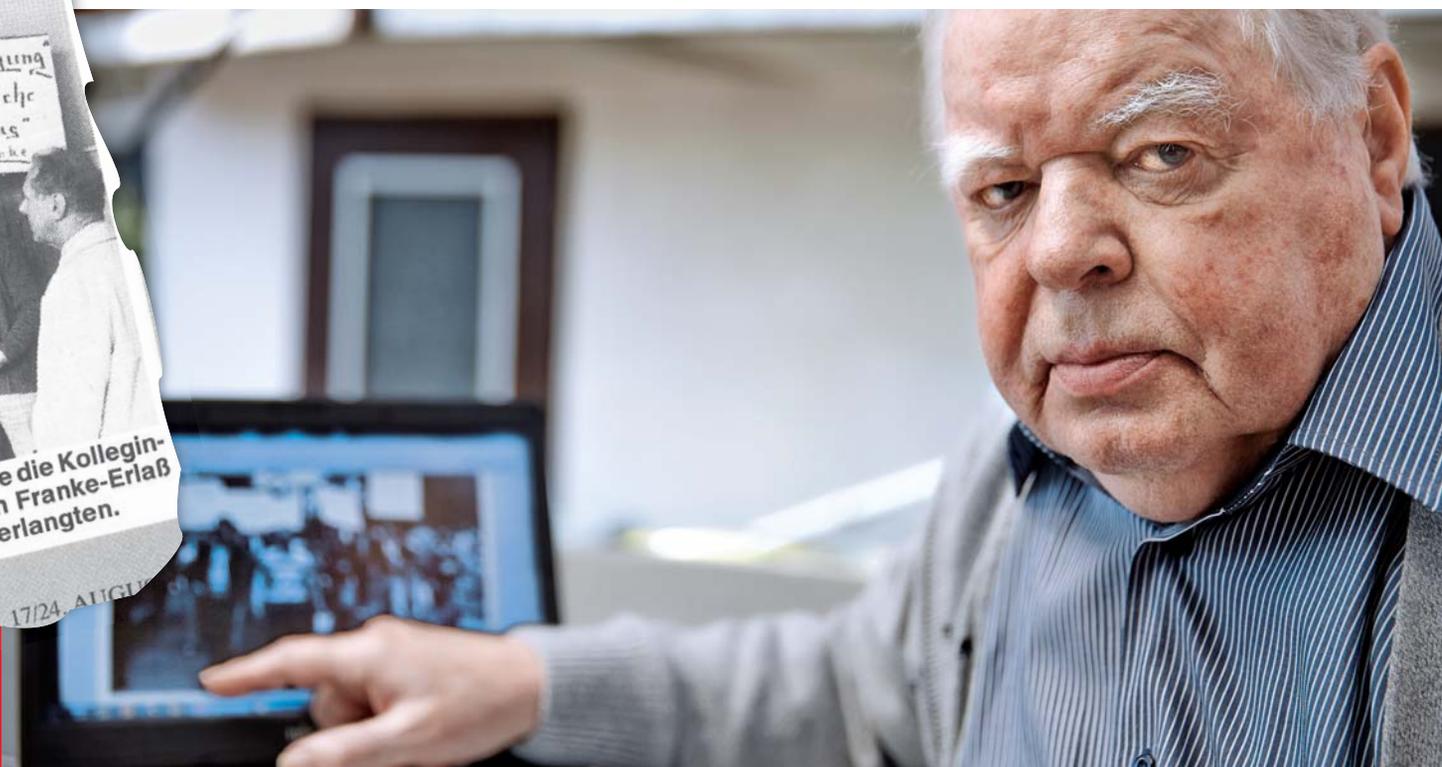


Foto: Jürgen Pollak

Ernst Rau war 1984 fünf Wochen lang kalt ausgesperrt. Er und seine Kollegen bei Roth in Gaggenau demonstrierten im Arbeitsamt für Kurzarbeitergeld (links, Ausriss aus den Metallnachrichten 1984).

ausfall Kurzarbeitergeld. Doch der Chef der Bundesanstalt für Arbeit, Heinrich Franke, verfügt überraschend: »Um den Arbeitskampf zu verkürzen«, gibt es kein Geld für die kalt Ausgesperrten. Die IG Metall klagt gegen den sogenannten Franke-Erlass. Streikgeld für eine halbe Million Ausgesperrte – das hätte die Gewerkschaft rasch ausbluten lassen.

»Die Arbeitgeber wollten die IG Metall kaputt machen. Und der Franke hat ihnen geholfen«, meint Ernst Rau, damals Betriebsratsvorsitzender beim Autozulieferer Roth im badischen Gaggenau. Fünf Wochen lang ist er mit 900 Kollegen kalt ausgesperrt. Doppelt hart: Die Rothler, die zum Tarifgebiet Südbaden gehören, teilen sich ihr Streiklokal in der Gaggenauer Merkurhalle mit den Metallern des Mercedes-Werks Gaggenau, das zum Kampfgebiet Nordwürttemberg/Nordbaden gehört. »Wir konnten zusehen, wie die Benzler ihr Geld in die Hand gezählt bekamen«, erzählt Rau. »Doch die Leute haben mir vertraut, dass wir eine Lösung finden. Und sie waren stinksauer auf den Franke.«

Marsch aufs Arbeitsamt. Überall in der Republik gehen Tausende gegen die Aussperrung auf die Straße. Am 28. Mai kommen 250 000 Menschen in 3300 Bussen und 51 Sonderzügen in die Bundeshauptstadt Bonn und demonstrieren im strömenden Regen. Die Rothler aus Gaggenau sind dabei. Und in vielen Städten protestieren Aus-

gesperrte vor den Werkstoren, einige auch im Betrieb und vor den Arbeitsämtern. Auch die Rothler marschieren zum Amt in Gaggenau. »Die haben schnell die Bürotüren zugeschlossen, als wir die Treppen heraufkamen«, erzählt Rau. »Der Chef des Arbeitsamts hat dann mit uns geredet und erklärt: ›Ich kann Euch nichts zahlen‹.« (Bild oben Mitte)

Rau ist rund um die Uhr auf den Beinen, ebenso wie Tausende andere Betriebsräte und Metallern: Sie schreiben Flugblätter und Infobriefe, organisieren Aktionen, verhandeln mit Vermietern und Banken – und verteilen Spenden. Gewerkschafter aus ganz Europa stehen solidarisch hinter den kämpfenden Metallern.

Am 21. Juni endlich erklären die Gerichte den Franke-Erlass für rechtswidrig. Das Arbeitsamt muss das Kurzarbeitergeld auszahlen.

Die Sonne bricht durch. Fünf Tage später kommt schließlich auch die Einigung im Tarifkonflikt, durch Schlichtung des ehemaligen Verteidigungsministers Georg Leber (SPD): Verkürzung auf 38,5 Stunden – gegen flexiblere Arbeitszeiten. Die 40-Stunden-Mauer ist durchbrochen, gegen alle Widerstände. Die Sonne kommt durch, wenn auch mit »Leber-Flecken«. Der Einstieg ist geschafft: Bis 1995 sinkt die Arbeitszeit schrittweise auf 35 Stunden.

1984 hat die IG Metall einen Meilenstein gesetzt, für Arbeitsplätze – und für mehr Zeit zum Leben. Die Themen sind heute wieder topaktuell: Die IG Metall hat eine halbe Million Be-

schäftigte befragt: Sie wünschen sich eine bessere Vereinbarkeit von Arbeit und Leben. Sie wollen Arbeitszeitsouveränität: über die eigene Zeit bestimmen, statt nur flexibel für den Chef sein. Dieses Votum geht die IG Metall nun in den Betrieben an: für gesunde, altersgerechte Arbeit, die Zeit zum Leben lässt. ■

Geschichten und Bilder vom Arbeitskampf 1984 ab dem 14. Mai unter: [igmetall.de](https://www.igmetall.de).

WISSEN

- **Streik:** Beschäftigte legen die Arbeit nieder, nach Urabstimmung durch die Gewerkschaftsmitglieder. Für Mitglieder zahlt die Gewerkschaft Streikgeld.
- **Aussperrung:** Arbeitgeber sperren Beschäftigte aus dem Betrieb aus und zahlen keinen Lohn.
- **Heiße Aussperrung:** Aussperrung in umkämpften Tarifgebieten, nach Beschluss des Arbeitgeberverbands. Die Gewerkschaft zahlt Streikgeld.
- **Kalte Aussperrung:** ohne Aussperrungsbeschluss, außerhalb des Kampfbereichs. Der Arbeitgeber behauptet, es könne nicht gearbeitet werden, weil Zuliefer- oder Abnahmebetriebe wegen Streik oder Aussperrung stillgelegt sind. Da es keine offizielle Arbeitskämpfmaßnahme ist, gibt es kein Streikgeld.

Mehr zahlen für eine frühere Rente für alle

WAS MICH BESCHÄFTIGT

Die volle Rente nach 45 Beitragsjahren: Jens Patzke, 28, findet das richtig. Doch sollte das auch für die Jüngeren gelten. Dafür würde er gerne mehr einzahlen.

Wer 45 Versicherungsjahre gearbeitet hat, soll abschlagsfrei mit 63 in Rente gehen können. Findest Du das gerecht?

Jens Patzke: Ich finde das richtig. Aber es wäre gerechter, wenn das für alle gelten würde – und nicht nur für die älteren Jahrgänge. Ich habe auch mit 16 Jahren angefangen zu arbeiten. Wenn ich mal 63 Jahre alt bin, muss ich trotzdem weiter arbeiten. Trotzdem gönne ich es meinem älteren Kollegen bei mir im Büro, dass er bald gehen kann. Er hat es verdient.

Kritiker sagen, die Rente nach 45 Versicherungsjahren sei zu teuer und belaste junge Beschäftigte. Wie findest Du das?

Patzke: Ich würde gerne zwei, drei Prozent mehr Rentenbeitrag zahlen, damit wir alle mehr Rente bekommen und früher gehen können. Ich finde es grotesk, dass der Rentenbeitrag letztes Jahr gesunken ist, statt ein Polster für Krisenzeiten zu bilden. Unser eigentliches Problem sind doch die Niedriglöhne, die keine ausrei-

chenden Renten ermöglichen. Das bei den Löhnen gesparte Geld fließt dann in Taschen der Kapitaleigner, die nichts in die gesetzliche Rente einzahlen. Deshalb finde ich: Alle sollten für die Rente zahlen, auch Selbstständige und Kapitaleigner. Dann käme genug Geld für alle herein.

Mehr und frühere Rente für alle durch höhere Beiträge – können und wollen sich junge Menschen das denn leisten?

Patzke: Ich schon. Und meine Bekannten sehen das ähnlich. Ich habe das Glück, dass ich gut verdiene und mich zusätzlich privat absichern kann. Viele meiner Bekannten jedoch können das nicht, weil sie unsichere und schlecht bezahlte Jobs haben oder arbeitslos sind. Für die sehe ich im Alter schwarz. Ich würde daher lieber mein Geld in die gesetzliche Rente stecken. Die Stärkeren müssen die Schwächeren mittragen.

Und was ist mit dem Fachkräftemangel? Müsstest wir nicht die Beschäftigten so lange wie möglich im Betrieb halten?

Patzke: Nach 45 Jahren Arbeit ist es je nach Beruf für viele gar nicht mehr möglich, produktiv zu arbeiten, etwa auf dem Bau oder in der Fabrik. Und wenn alle bis 67 arbeiten, sind ja die Jobs belegt – statt Jungen eine Perspektive zu bieten. Das ist aber auch für die Betriebe wichtig, weil junge Leute frischen Wind und neue Ideen reinbringen. Das sehen auch meine älteren Kollegen so. ■

Dirk.Erb@igmetall.de



Foto: Theresa Ründel

Jens Patzke, 28, ist ausgebildeter Werkzeugmacher und arbeitet als Programmierer bei Schütte in Köln.

Werbeaktion: Neues Mitglied

Der Spielverlauf:

Für jedes neue Mitglied, das Du in der Zeit vom 1. Mai bis 31. Dezember 2014* neu für die IG Metall gewinnst, erhältst Du als Dankeschön einen Gutschein Deiner Wahl im Wert von 15 Euro.**

Ausgefüllte Beitrittserklärung über den Betriebsrat oder direkt bei der IG Metall-Verwaltungsstelle abgeben.

2



5

Dein Gutschein wird Dir in den nächsten Tagen zugesandt.

6

Neues Mitglied für die IG Metall gewinnen.

WICHTIG:

*Aus organisatorischen Gründen möchten wir darauf hinweisen, dass nur Aufnahmen berücksichtigt werden, die in dem Erfassungszeitraum vom 1. Mai 2014 bis einschließlich 1. Januar 2015 beitragswirksam werden.

**Nur für teilnehmende Verwaltungsstellen.

Bitte informiert Euch, ob Eure Verwaltungsstelle mitmacht.

Team verstärken. Erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit ist Teamleistung. Je besser das Team, desto mehr Erfolg kann die IG Metall verbuchen.

Jetzt heißt es wieder »Team verstärken«. Jeder kann mitmachen bei der diesjährigen Werbeaktion der IG Metall und neue Mitglieder gewinnen. Am 1. Mai

geht's los. Es gibt wieder Prämien-gutscheine im Wert von 15 Euro.

Gute Argumente für eine Mitgliedschaft gibt es viele. Zum Beispiel erfolgreiche Tarifpolitik: In diesem Monat tritt die zweite Stufe der Tarifierhöhung für die Metall- und Elektroindustrie in Kraft. 2,2 Prozent mehr Geld gibt es ab 1. Mai. Zusätzlich zu den

gewinnen, Gutscheine erhalten

Mannschaftsaufstellung

1

Kolleginnen und Kollegen ansprechen und neue Mitglieder für die IG Metall gewinnen.

3

Nach Registrierung des neuen Mitglieds erhältst Du per Post Deinen IG Metall-Gutschein-Code zum Einlösen in unserem Gutscheinportal unter igmetall-gutschein.de

4

Wähle dort einen Gutschein aus. Oder spende den Wert an eine gemeinnützige Organisation. Du kannst aber auch die Prämie für die Arbeit des Betriebsrats/der Vertrauensleute (Gremienwerbung) in Deinem Betrieb einsetzen.

ACHTUNG:

Löse Deinen IG Metall-Gutschein-Code bis spätestens **30. Juni 2015** in unserem Gutschein-Shop in einen Gutschein ein.

Zusatzprämie vom 1. Mai bis 13. Juli

Für die **dritte Werbung** erhältst Du einmalig einen zusätzlichen Code für einen **Fußball** – oder alternativ ein **Picknickset*** (*Die Produkte können von der Abbildung abweichen.)



3,4 Prozent, die es bereits seit Juli vergangenen Jahres gibt.

Tariferhöhung, Urlaub, Weihnachtsgeld, Weiterbildung, geregelte Arbeitszeit, Arbeitszeitmodelle, Branchenzuschläge oder Vereinbarungen für Leiharbeiter oder Übernahme für Auszubildende fallen aber nicht vom Himmel. Sichere und faire Arbeit muss immer wie-

der von vielen solidarisch erkämpft und verhandelt werden.

Mehr Mitbestimmung. Mehr Mitglieder heißt mehr Macht. Und mehr Macht heißt mehr Mitbestimmung für gute Arbeit und ein gutes Leben. Den Menschen sind die Themen der IG Metall wie zum Beispiel die Vereinbarkeit von Ar-

beit und Leben oder auch Arbeiten im Alter sehr wichtig. Das hat die Beschäftigtenbefragung der IG Metall gezeigt. Diese gemeinsamen Ziele zu erreichen, ist sehr sportlich. Dafür braucht die IG Metall jeden Einzelnen.

Starke Leistungen. Mitglieder der IG Metall erhalten Leistungen

gab es ein kräftiges Gehaltsplus. Und die IG Metall hat sich stark gemacht für mehr als 1200 Betriebsvereinbarungen, die für bessere Arbeitsbedingungen und gerechte Bezahlung sorgen.

Werkverträge sind ein großes Thema
Aufträge werden massiv fremd vergeben: an Betriebe ohne Tarifvertrag und ohne Betriebsrat. Hier halten wir gemeinsam dagegen.

Für das persönliche Argumentetraining gibt es jetzt den Spicker der IG Metall: Handliche Karten helfen bei der Ansprache von Interessierten:
igm-spicker.de

Oder per Smartphone mit diesem QR-Code:



Infos rund um die Werbeaktion und Details zu den Prämien findest Du hier:
team-verstaerken.de

Oder per Smartphone mit diesem QR-Code:



WISSEN

So bleibst Du im Gespräch am Ball

Hier findest Du Argumente, um Nichtmitglieder zu überzeugen:

Die IG Metall lohnt sich.
Für ein Prozent Beitrag arbeitet man gerade mal vier Minuten am Tag. Vier Minuten für Arbeitsplatzsicherheit, Entgeltgerechtigkeit und mehr Demokratie im Betrieb.

Die IG Metall setzt auf Beteiligung.
Eine starke IG Metall, gut organisierte Belegschaften und kompetente Betriebsräte streiten täglich für mehr Teilhabe, Gerechtigkeit und für ein gutes Leben. Interessenvertretung ist keine Stellvertreterpolitik. Nur wer dabei ist, kann mitreden.

Die IG Metall macht Politik für die Mehrheit der Menschen.
Wir fragen. Wir hören zu. Und wir setzen die Themen auf die Tagesordnung, die den Menschen unter den Nägeln brennen. Ob im Kampf gegen prekäre Beschäftigung, Leiharbeit oder gegen die Rente mit 67: An uns kommt man nicht vorbei!

Die IG Metall hat viel bewegt in Sachen Leiharbeit.
Durch die Branchenzuschläge

wie Rechtsschutz, Unfallversicherung, Streikgeld und persönliche Beratung. Und sie leisten auch einen gesellschaftlichen Beitrag, denn die IG Metall mischt sich nicht nur im Betrieb ein, sondern auch in der Politik.

Mitgliederwerbung ist also kein Selbstzweck. Mehr Mitglieder heißt mehr Durchsetzungskraft. ■



Foto: Ikonoklass/panthermedia.net

Kraftfahrzeug-Servicetechniker und -technikerinnen sind die technischen Profis im Betrieb.

Spezialist für Fahrzeuge aller Art

BERUF UND KARRIERE

Er gehört zu einem der bliebtesten Weiterbildungsberufe innerhalb der Kfz-Branche – mit gutem Grund: Kraftfahrzeug-Servicetechniker und -technikerinnen halten Kraftfahrzeuge instand, sie reparieren Fahrzeuge, beraten Kunden und führen im Betrieb technische Neuerungen durch.

Seit 1997 wird der Abschluss angeboten, seither gehört der Kraftfahrzeug-Servicetechniker zu einem der beliebtesten und begehrtesten Weiterbildungsberufe in der Kfz-Branche. Mit gutem Grund: Die Tätigkeiten, die ein Kraftfahrzeug-Servicetechniker oder eine Kraftfahrzeug-Servicetechnikerin bei der Arbeit ausführen muss, sind vielschichtig, die Anforderungen, die dafür notwendig sind, hoch – und genau das macht den Reiz aus.

Als technischer Spezialist des Betriebs führt der Kraftfahrzeug-Servicetechniker komplexe Aufgaben der Instandhaltung, Fehlerdiagnose und Reparatur durch. Dazu ist er, in enger Abstimmung mit

Kunden und Kollegen, für den Einbau von Zusatzeinrichtungen und Sonderausstattungen im Kraftfahrzeug zuständig. Im Gespräch mit Kunden diagnostiziert der Kraftfahrzeug-Servicetechniker technische Probleme und schlägt Lösungen vor. Hierbei beachtet er Fragen der Wirtschaftlichkeit und der Terminplanung des Unternehmens. Zusätzlich helfen Kraftfahrzeug-Servicetechniker und -technikerinnen der Betriebsleitung dabei, technische Neuerungen einzuführen und wirken bei der Qualifizierung der Kollegen mit.

Ansprechpartner sind alle Industrie- und Handelskammern sowie die Handwerkskammern. Die

Dauer der Weiterbildung zum Kraftfahrzeug-Servicetechniker und -technikerin hängt davon ab, ob man sie in Vollzeit oder Teilzeit absolviert; zwischen zwei und zwölf Monaten sollte man einplanen.

Entstehende Kosten. Voraussetzung für die Zulassung zur Prüfung ist in der Regel die Abschlussprüfung im anerkannten Ausbildungsberuf Kraftfahrzeugmechatroniker und -mechatronikerin oder in den Vorläuferberufen Kraftfahrzeugmechaniker und -mechanikerin sowie Kraftfahrzeugelektriker und -elektrikerin. Die Prüfung selbst wird praktisch, schriftlich und mündlich durchgeführt. Teilweise

übernehmen Arbeitgeber entstehende Kosten oder stellen Beschäftigte für die Zeit der Weiterbildungskurse frei.

Der berufliche Aufstieg, der mit bestandener Prüfung einsetzt, macht sich auch beim Einkommen bemerkbar. Es ist wesentlich von den jeweiligen Anforderungen abhängig. Daneben werden meist Berufserfahrung und Verantwortlichkeit berücksichtigt. Im Kfz-Handwerk verdienen Kraftfahrzeug-Servicetechniker zwischen 2800 und 3100 Euro brutto. In der Industrie werden im Durchschnitt sechs bis sieben Euro pro Stunde mehr als im Handwerk bezahlt.

Wer mag, kann vom Kraftfahrzeug-Servicetechniker weiter aufsteigen: Wer eine Hochschulzugangsberechtigung besitzt, kann einen Bachelorabschluss im Fach Fahrzeugtechnik erwerben. Unter bestimmten Voraussetzungen ist auch ohne Hochschulreife ein Studium möglich. Vorausgesetzt sind je nach Bundesland verschiedene berufliche Qualifikationen. ■

Jan.Chaberny@igmetall.de

Weitere Informationen hier:

▶ wap.igmetall.de

→ Weiterbildung

→ Weiterbildungsberufe

Im Spiel Tarifpolitik lernen

BESSER MIT BILDUNG

Im Planspiel »Streik« schlüpfen Schüler, Studierende und Interessierte in die Rolle von IG Metall und Arbeitgeber. So lernen sie, wie Tarifverhandlungen funktionieren.

Wie funktioniert eigentlich eine Tarifrunde? Wie laufen die Verhandlungen? Wann kommt es zum Streik? Und wie kann ich ein gutes Ergebnis durchsetzen?

Das lernen Schüler, Studierende und Interessierte beim Planspiel »Streik – Arbeitskampf in der ABC AG« der Landeszentrale für Politische Bildung Baden-Württemberg. Die Spieler schlüpfen in die Rollen von IG Metall und Arbeitgeber sowie Schlichtern und Pressevertretern.

Es geht los. Die Vertrauensleute in der Tarifkommission der IG Metall diskutieren ihre Forderung: Eine faire Beteiligung am Gewinn muss drin sein. Die Arbeitgeber bereiten ihr Angebot vor. Der Abschluss muss ökonomisch verkraftbar sein.

An Schulen und Unis. Die Verhandlungen starten. Die Kontrahenten hauen sich Argumente und Zahlen um die Ohren, beraten noch einmal untereinander, schreiben Pressemitteilungen und geben Interviews. Schaffen wir eine Einigung? Oder kommt es doch zum Arbeitskampf und schließlich zur Schlichtung?

Das Planspiel »Streik« war bereits an mehreren Schulen und Berufsschulen im Einsatz, an einigen Hochschulen sowie am Techno-seum in Mannheim.

Die Macher des Spiels haben auch mit Gewerkschaftern zusammengearbeitet. »Ökonomische Bildung an Schulen und Unis wird oft auf Sachzwänge des Markts reduziert«, erklärt Alexan-

der Ruser, der das Spiel für die Landeszentrale mitentwickelt hat. »Zur Wirtschaft gehören jedoch auch Demokratie und Beteiligung. Dafür ist unser Tarifsystem ein funktionierendes Beispiel.« ■

Dirk.Erb@igmetall.de

Das Planspiel bekommt Ihr hier:

▶ lpb-bw.de → Publikationen
→ Planspiele



Im Planspiel »Streik« geht es ums Verhandeln und Kämpfen für mehr Lohn.

KURZ & BÜNDIG

EUROPA



Lebenslang lernen, aber wie – neben dem Job und ohne Geld?

Geld und Zeit für Bildung

Wer sich weiterbilden will, braucht dafür Geld und Zeit. Im Bildungsportal »wap« der IG Metall findet Ihr Fördermöglichkeiten bei der EU, beim Bund und bei den Bundesländern. Sowie eine Übersicht über Möglichkeiten zur bezahlten Freistellung für Eure Weiterbildung.

▶ wap.igmetall.de
→ Weiterbildung
→ Finanzierung & Förderung

Bildungsprämie nutzen

Erwerbstätige, die sich weiterbilden wollen und wenig verdienen (maximal 20000 Euro, Verheiratete 40000 Euro), können die Bildungsprämie beantragen. Sie deckt 50 Prozent der Kosten der Weiterbildungsmaßnahme, maximal 500 Euro. Hintergründe und Beratung, auch zu Bildungsangeboten:

▶ bildungspraemie.info
Tel. 0800 262 30 00

In Europa lernen – mit EU-Zuschuss

Willst Du in einem anderen EU-Land lernen oder studieren? Ein Praktikum, einen Sprachkurs oder gar einen Teil Deiner Aus- und Weiterbildung absolvieren? Mit Zuschuss von der EU? Das geht über das Programm »Erasmus Plus« der Europäischen Union. Das Programm fördert zahlreiche Projekte und integriert die

bisherigen EU-Programme Erasmus (Studium), Leonardo da Vinci (Berufsbildung) und Grundtvig (Erwachsenenbildung).

Der Zuschuss für die Lernenden wird abhängig von Lebenshaltungskosten und Entfernung des Ziellands gezahlt – im Schnitt rund 1000 Euro im Monat. ■

Dirk.Erb@igmetall.de

Hier findet Ihr Angebote zum Lernen und Arbeiten in der EU:

▶ na-bibb.de
→ Service → Datenbank
→ Pool-Projektsuche

Fragt Eure Lehrer, Dozenten und Arbeitgeber nach Erasmus- und Leonardo-Da-Vinci-Angeboten. Weitere Hintergründe:

▶ erasmusplus.de

Weiterbildung nach Tarif

Nach den Tarifverträgen zur Qualifizierung der IG Metall haben Beschäftigte Anspruch auf ein regelmäßiges Gespräch mit dem Arbeitgeber. Dort stellen sie gemeinsam fest, ob ein Weiterbildungsbedarf besteht, und vereinbaren die notwendigen Bildungsmaßnahmen. Fragt Euren Betriebsrat oder Eure IG Metall vor Ort.

▶ igmetall.de/vor-ort

So klein ist die EU

Was macht Ihr
Griechen und Spanier
nur mit dem ganzen Geld
aus Deutschland?

Wir kaufen
Eure deutschen
Maschinen...

...und Autos!



POLO

1. Wie viele Sterne hat die europäische Flagge?

- So viele wie Mitgliedsländer..... **T**
 12 **E**
 8 **W**
 5 **B**

2. Wie viele Menschen leben in den 28 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union?

- ca. 200 Millionen **L**
 ca. 500 Millionen **R**
 ca. 900 Millionen **T**

3. In wie vielen EU-Mitgliedsstaaten gilt der Euro?

- 28 **T**
 18 **O**
 9 **W**
 7 **B**

4. Welches sind die sechs Gründungsstaaten der Europäischen Union?

- D, F, I, L, NL, CH **S**
 B, D, F, GB, IRL, NL **N**
 D, F, I, L, NL, E **T**
 B, D, F, I, L, NL **W**

5. Wofür steht EGB?

- Europäische Gemeinschaftsbank **O**
 Europäischer Gewerkschaftsbund **A**
 Europäischer Gerstensaft- und Bierbrauerverband **C**

6. Was können wir bei der Europawahl am 25. Mai wählen?

- Europäische Kommission **A**
 Eurovision **O**
 Europäisches Parlament **L**
 Europa League **E**

Lösungswort:

1	U	2	3	P	A	4	5	H	6
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---

Einsenden an:

Bitte das Lösungswort bis **24. Mai** unter Angabe von Vor-, Nachnamen und Adresse auf eine Karte schreiben und per Post an: Redaktion metallzeitung, Preisrätsel, 60244 Frankfurt am Main. Oder per E-Mail an: raetsel@igmetall.de

Die Preise im Mai

Erster Preis:
 Feine Auswahl belgischer Schokoladenspezialitäten

Zweiter Preis:
 700 Gramm belgische Pralinen

Dritter Preis:
 500 Gramm belgische Schokoladentrüffel